Rassismus
und Neonazismus
in Zeiten
des Umbruchs

HERAUSGEBER:
MITEINANDER E.V. /
ARBEITSSTELLE
RECHTSEXTREMISMUS

IM SCHATTEN DER WENDE

ERGEBNISSE DER BETRIEBE UND EINRICHTUNGEN DER STADT HALLE-NEUSTADT IM SOZIALISTISCHEN WETTBEWERB ZU EHREN DES 50. JAHRESTAGES DER GROSSEN SOZIALISTISCHEN OKTOBERREVOLUTION
BRIEFE DER JUGEND AN DIE BÜRGER UNSERER STADT DES JAHRES 2017
1970
ERASURE

Rassismus und Neonazismus in Zeiten des Umbruchs

HERAUSGEBER:
MITEINANDER E.V. /
ARBEITSSTELLE
RECHTSEXTREMISMUS

IM SCHATTEN DER WENDE

INHALT

EDITORIAL

8 **Die Ambivalenz der Wendegesellschaft**
Vorwort von Anke Lohmann & Pascal Begrich

9 **Für ungeduldige Leser_innen**
Einleitung von Curt Stauss

12 **Aus humanitären Gründen**
Perspektiven auf Fluchtbewegungen vor und nach dem Mauerfall

VEREINTE KRÄFTE
Rassismus und Neonazismus in den 1990er Jahren

18 **Im Schatten der Wende**
Rechte Gewalt in Sachsen-Anhalt zu Beginn der 1990er Jahre

25 **Die Generation Hoyerswerda**

PERSPEKTIVWECHSEL
Betroffene rechter und rassistischer Gewalt berichten

30 **»Du weißt schon, wie in Rostock …«**
Über den Film

32 **Die Interviews zum Film**

40 **Rechte Gewalt in Sachsen-Anhalt zu Beginn der 1990er Jahre**
Eine Auswahl

ANSICHTEN
Akteure der Wendezeit blicken zurück

46 **Offensichtlich gestört hat sich daran niemand**
Interview mit Torsten Hahnel
zu den Montagsdemonstrationen 1989/90

50 **»Die Erfahrung eines Umbruchs …**
das ist ein grandioses Erlebnis und sollte viel häufiger passieren.« Interview mit Thomas Kupfer

55 **Auf dem Weg zu einer antirassistischen Willkommenskultur**
Interview mit Gabriele Herbst

60 **Miteinander e.V.**
62 **Impressum**

Titelbild
Trabant vor dem Baum, Teterow, 10.7.1990

vorherige Doppelseite
Mit Hakenkreuz beschmiertes Lenin-Denkmal, dahinter Hochhausscheiben, Halle-Neustadt, August 1991

Neues Deutschland
SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG
Wichtiger Tag für die Einheit Deutschlands
Deutschland - der Staatsvertrag
Gemeinsam in eine glückliche Zukunft
Skandal vorm Cup-Finale
Neuberger gegen Berlin
Auch ich bra
die Erniedrigun
Menschen in Fässern zu Tode gero!!!

EDITORIAL

Die Ambivalenz der Wendegesellschaft

Im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit für zeithistorische Ereignisse steht in diesem Jahr das Jahr 1989/90, die Zeit des Umbruchs in der DDR und der Wiedervereinigung. Diese Zeit wird von der Mehrheit der Menschen in den neuen Bundesländern als ein befreiender Aufbruch in Politik, Gesellschaft, Kultur und Alltag erinnert, der mit einem Zugewinn an Lebensqualität verbunden war. Der demokratische Aufbruch in der DDR und die friedliche Wiedervereinigung sind Gegenstand vielfältigen politischen und medialen Erinnerns in Politik und Gesellschaft.

Angesichts dessen gerät aus dem Blick, dass und in welcher Weise die Zeit der frühen 1990er Jahre nicht nur für den Aufbruch in die Demokratie stand. Im Schatten der Erinnerung an Wende und Wiedervereinigung stehen der massive Anstieg rassistischer Gewalt, die temporäre Hegemoniefähigkeit einer rechten Jugendkultur und die Wahlerfolge rechter Parteien in den 1990er Jahren. Die vorliegende Streitschrift wendet sich bewusst diesen Schattenseiten zu. Sie beschreibt, wie im Zuge des gesellschaftlichen Umbruchs (nicht nur) in Ostdeutschland Menschen marginalisiert und diskriminiert wurden.

Die Broschüre spiegelt die Perspektiven jener, die in den 1990er Jahren Erfahrungen von Ausgrenzung, gesellschaftlicher Isolation und rassistischer Gewalt machen mussten. Zugleich wird deutlich, welch langen Weg das zivilgesellschaftliche Engagement für Demokratie und gegen Rassismus und Rechtsextremismus nahm, und wo angesichts neuer Herausforderungen im Kontext neuer rassistischer Mobilisierungen gegen Flüchtlinge und Migrant_innen die Stärke der Erfahrungen aus den 1990er Jahren für die heutige Arbeit liegen.

Der dankbaren Rückschau auf einen demokratischen Aufbruch wird so ein kritisches – und durchaus schmerzhaftes – Fazit zur Seite gestellt. Die Leserinnen und Leser sind eingeladen, diese Perspektive aufzunehmen in den Erinnerungsdiskurs über Wende, Wiedervereinigung und den Aufbruch der 1990er Jahre.

ANKE LOHMANN, Vorstandsvorsitzende Miteinander e.V.
PASCAL BEGRICH, Geschäftsführer Miteinander e.V.

vorherige Doppelseite

Rentner bei der Lektüre der Zeitungen NEUES DEUTSCHLAND (Ost) und der BILD ZEITUNG (West) in Ostberlin, 1990

Für ungeduldige Leser_innen

Was der Titel dieser Broschüre nicht sagt, aber die Texte umso deutlicher: »Wende« ist kein unmögliches Wort (die Autor_innen sind Sprachverboten begegnet!), aber nur eines der möglichen Worte. Die »Schatten« sind auch nicht alles, was von der Transformationsgesellschaft zu erzählen wäre. Aber wer sich lieber und dauerhaft auf die Sonnenseite der historischen Erinnerung begibt, lebt nicht nur ungesund, sondern auch unsolidarisch (fügt also auch der eigenen Menschlichkeit Schaden zu). Und schließlich: Was der Titel dieser Broschüre nicht sagt (was aber in den Beiträgen durchaus zu erkennen ist!), das sind die anderen, die erfreulicheren Aspekte der politischen Wieder-Vereinigung: sie haben möglich gemacht, dass auch die Autor_innen demokratische Rechtsgüter überhaupt pflegen, aber eben auch: anmahnen und verteidigen können.

Was lese ich in den Beiträgen? Die spezifische Perspektive von – jungen! – Menschen, der 3. Nachkriegsgeneration im Osten Deutschlands. Sie schreiben aus ihrer Erfahrung von Wende und in den Schatten gestellten Themen in der aktuellen Erinnerungspolitik. Ich lese ihr Engagement: für eine bessere Demokratie, für eine Erinnerung nicht nur der Defizite ostdeutscher Sozialisierung, sondern auch der Stärken widerständigen Verhaltens. Und nicht zuletzt lese ich, der ich in der 2. Generation geprägt wurde und laufen und denken gelernt hat, die Perspektive junger Menschen, die sich mit den bestehenden Verhältnissen nicht abfinden. Was sie schreiben, speist sich aus ihrer Erfahrung, Opfer von Alltagsrassismus zu begleiten und die an dieser Stelle besonders wahrnehmungsgestörte Zivilgesellschaft mit solchen Tatsachen zu konfrontieren – sehr sachlich, sehr kompetent, beziehungsbereit und deutlich zugleich! (II Perspektivwechsel: Betroffene rechter und rassistischer Gewalt berichten)

Aber ich lese zugleich all die unausgesprochen mitverhandelten Themen – sie werfen Fragen auf quer zum Mainstream: wer »Freiheit« sagt – die gilt vielen als Hauptgewinn des Herbstes '89 – spricht zu wenig von »Gerechtigkeit«; wer »Mauerfall« sagt, spricht zu wenig vom 9. Oktober, und noch viel weniger von den anderen 9. Novembern des letzten Jahrhunderts in Deutschland: 1938, 1923, 1918. Und: wer »Mauerfall« sagt, stellt all das in den Schatten, was im Herbst vor 25 Jahren an globalen Perspektiven, an Sensibilität für Europa (was würden unsere Nachbarn zu einer Wieder-Vereinigung sagen?) da war! Und genau so landen innenpolitische

Themen rasch im Schatten der Erinnerung und sind gefährdet, im Schatten aktueller politischer Aufmerksamkeit zu bleiben: Der Autor dieser Einleitung erinnert sich an den Druck, der von westdeutschen Freund_innen vor 25 Jahren, Anfang des Jahres 1990 zu spüren war, und an ihre Enttäuschung: wir, die wir ein System gestürzt hatten, sollten doch nun den Rückenwind schaffen für ihre alten, immer noch nicht erreichten Vorhaben: eine neue, eine wirklich neue deutsche Verfassung, und die Abschaffung der Geheimdienste!

Zu den in den Schatten geratenen Themen gehören auch die im April 1989 in Dresden verabschiedeten Beschlüsse der Ökumenischen Versammlung (ÖV): da hatten die christlichen Kirchen in der DDR die Situation des Landes und ihre Aufgaben in einem globalen Horizont diskutiert. Die Ergebnisse wurden in drei »vorrangigen Verpflichtungen« gebündelt:
– Gerechtigkeit für alle Benachteiligten und Unterdrückten zu schaffen.
– Dem Frieden mit gewaltfreien Mitteln zu dienen.
– Leben auf dieser Erde zu schützen und zu fördern.[1]

Die Beschlüsse der ÖV wurden von den beteiligten Kirchen in aller Form übernommen – und im Herbst tauchten sie in den Programmen der alten und neuen Parteien auf! Die ökologische, die pazifistische und die Gerechtigkeitsverpflichtung sind gleichermaßen uneingelöst, und sie sind aktuell politisch umstritten.

Wer sagt, dieses Heft über die Schatten der Wende mische sich in einen Streit ein, der noch nicht entschieden ist, der oder die beschreibt die erinnerungspolitische Situation in unserem Land ziemlich positiv. Ich fürchte, eine erinnerungspolitische Linie hat sich durchgesetzt, die nicht nach den »Schatten« fragt. Dass der Streit über die Folgen der »Wende« kaum stattfindet, erklärt der Potsdamer Historiker Martin Sabrow so: Es gebe drei verschiedene Erinnerungskulturen: die Diktatur-, die Arrangement- und die Fortschrittserinnerung, und die drei sprächen kaum miteinander. So kann man sich den Streit nur wünschen, den Streit darüber, was wir jetzt besser verstehen würden und vor allem: was wir jetzt besser gestalten könnten, wenn wir die verdrängten Themen aus dem Schatten herausholen.

Dazu ist diese Streitschrift, die Sie in der Hand halten, ein schwer zu überschätzendes Geschenk!

Was dann auch noch in dieser Broschüre zu lesen ist, geht an die Grenzen des Erträglichen: Es ist die Frage nach den eigenen Anteilen am Leben in der Diktatur, das ist der Hinweis darauf, dass es nicht genügt, die DDR als Unterdrückungssystem zu betrachten. Was damals geschah und was viele Betroffene bis heute unruhig und oft abwehrend sein lässt, ist die Bereitschaft, sich demütigen zu lassen; der in Deutschland schon über mehrere Generationen eingeübte Ruf nach »dem starken Mann«; die Ungeduld mit Menschen, die anders sind: Wer sich unterordnet, ist o.k., aber wer sich abweichend verhält? Es hieß und es heißt im Alltag oft heute noch »unterordnen«, nicht z.B. »einordnen«. Wir sprechen hier von »totalitären Objekten«, den »mit absoluten Wahrheiten herrschenden destruktiven autoritären Strömungen im Menschen«.[2] Solche tief sitzenden Einstellungen sind schwer bewusst zu machen und schwer zu verändern; Eltern geben sie an die Kinder weiter, und sie bestimmen das Verhalten andern gegenüber, auch das Leitungsverhalten! Also ist nötig, nach den eigenen Anteilen am Bestehen des Unrechtssystems in der DDR zu fragen. Das ist schwer, schwere Arbeit! Zu dieser Frage nach den eigenen Anteilen (»eigene Schuld, eigenes Versagen…«) sind im Interview zu den Montagsdemos eindrückliche Sätze zu finden (III Ansichten. Akteure der Wendezeit blicken zurück).

Und schließlich: Was vor 25 Jahren auch noch zusammengewachsen ist, davon sprechen die ersten Beiträge (I Vereinte Kräfte: Rassismus und Neonazismus in den 1990er Jahren). Sie sind ein starker Einstieg in den Streit um die Erinnerungen; man sollte sie am Ende noch einmal lesen!

CURT STAUSS

1 *Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, Hg. Aktion Sühnezeichen/ Friedensdienste, Pax Christi, Berlin 1990, 17*

2 *Ludwig Drees, »Ich bin nicht besser als meine Väter…« – Regression und Gegenübertragung des Analytikers nach zwei totalitären Systemen – Spurensuche, in: P. Diederichs / J. Frommer / F. Wellendorf (Hrsg.), Äußere und innere Realität. Theorie und Behandlungstechnik der Psychoanalyse im Wandel, Stuttgart 2011, S. 296. Drees bezieht sich auf einen Begriff von Michael Sebek.*

Aus humanitären Gründen

PERSPEKTIVEN AUF FLUCHTBEWEGUNGEN VOR UND NACH DEM MAUERFALL

In der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu Flüchtlingen spielen die Fragen, welche Fluchtgründe legitim sowie welche Menschen in der Bundesrepublik Deutschland akzeptiert und willkommen sind, eine entscheidende Rolle. Den Kriegsflüchtlingen werden dabei so genannte Wirtschafts- oder Armutsflüchtlinge gegenüber gestellt. Letzteren wird häufig jedes Recht auf Flucht und Asyl abgesprochen. Das war nicht immer so. In der Geschichte der Bundesrepublik gab es zumindest eine Zeit, in der Menschen, deren Flucht zum großen Teil wirtschaftlich motiviert war, willkommen geheißen wurden: den Sommer 1989, als Menschen massenhaft die DDR in Richtung Westdeutschland verließen.

Deutschland hat sich in den 25 Jahren seit dem Mauerfall zweifellos verändert. Zwar finden noch immer Angriffe auf Minderheiten in erschreckend hohem Ausmaß statt, doch hat sich der Umgang mit der Bedrohung durch rechte Gewalt deutlich gewandelt. In den frühen 1990er Jahren riefen die alltäglichen Angriffe durch Neonazis wenig mediale Aufmerksamkeit hervor. Abgesehen von Antira- und Antifa-Gruppen wollte sich kaum jemand mit dem Phänomen auseinandersetzen. Inzwischen gibt es jedoch einen öffentlichen Diskurs zur Verantwortung der Mehrheitsgesellschaft im Umgang mit Ausgrenzung und Gewalt gegenüber Minderheiten. Bund und Länder fördern die zivilgesellschaftliche Arbeit gegen Neonazismus und Rassismus. So werden z. B. Opfer rechter Gewalt seit Jahren durch professionelle Beratungsprojekte unterstützt.

Während die Ablehnung neonazistischer Positionen gesellschaftlicher Konsens ist, stößt ein Verständnis von Deutschland als Einwanderungsgesellschaft weiterhin nicht auf breite Akzeptanz. Allzu oft ist die Diskussion über den Umgang mit Flucht und Migration von Abwehr oder reinem Nutzdenken bestimmt. Die wiederkehrende Feststellung etwa, Flüchtlinge aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen »Ostblocks« würden »nur« aus wirtschaftlichen Gründen ihr Land verlassen, deligitimiert deren Fluchtgründe moralisch und belegt diese Migrant_innen mit gruppenbezogenen Klischees. Offensichtlich wird dies in der rassistischen Mobilisierung durch »Hogesa«, »Pegida« und die AfD.

Angesichts steigender Flüchtlingszahlen zeigt sich, inwiefern die Gesellschaft bereit ist, sich mit bedrohten Menschen zu solidarisieren und für sie zu sorgen. Nicht nur »Pegida« und deren zahlreiche Nachahmer fordern einen restriktiveren Umgang mit den vergleichsweise wenigen Menschen, die es auf der Flucht vor dem Elend in weiten Teilen Afrikas und Asiens bis nach Deutschland schaffen. Seit Jahren warnen die Ergebnisse der Einstellungsforschung vor den enormen rassistischen Ressentiments in großen Teilen der Mehrheitsgesellschaft.

Bereits in den 1980er Jahren wurde die Frage, wie »multikulturell« die BRD sein kann, zu Ungunsten der Geflüchteten entschieden. Kosten-Nutzen-Erwägungen und rassistische Kriterien führten zur Differenzierung zwischen »guten« und »schlechten« Flüchtlingen und prägten die Perspektiven auf Ursachen und Legitimation von Flucht und Migration.

Vergleicht man die öffentliche Rezeption der massenhaften Fluchtbewegungen 1989/90 aus der DDR in die Bundesrepublik und die Ankunft zahlreicher Flüchtlinge wenige Monate später, zeigt sich eine völlig unterschiedliche Bewertung: Hier die Protagonist_innen der »Friedlichen Revolution« mit legitimen Fluchtgründen – dort die »kriminellen Asylanten«, die die Sozialsysteme ausnutzen. Auch der Blick auf den Akt des Fliehens selbst war und ist von diesen Vorstellungen geprägt. So werden die DDR-Flüchtlinge teilweise als »Helden« gefeiert, die mit Hilfe von »Fluchthelfern« in den Westen gelangen konnten. Diesen gegenüber stehen die »Schlepper- und Schleuserbanden«, von denen Menschen aus den Krisen- und Bürgerkriegsregionen über die Grenzen gebracht werden. Zudem wird betont, dass Letztere aus »geldgierigen und kriminellen« Motiven handeln, während die kommerziellen Interessen der DDR-Fluchthelfer keine Rolle spielen.

»Warum soll's den anderen denn besser gehen … Wir sind ja schon fremd im eigenen Staat, oder nicht?«

Zitat aus Interviews in Rostock Lichtenhagen 1992. Quelle: Panorama-Beitrag vom 29.01.2015 »Dresden heute, Rostock damals: was gelernt?«

Die Fluchtbewegungen sind unterschiedlich konnotiert: Während auf der einen Seite der Vorwurf krimineller Handlungen steht und eine legitime Motivation – nicht nur latent – in Abrede gestellt wird, steht dem gegenüber die Vorstellung vom unterdrückten DDR-Bürger wider Willen, der durch seinen individuellen Akt der Flucht eine Bekenntnis zum Ruf nach Freiheit stellvertretend für ein ganzes Land ausdrückt.

Flüchtlinge aus der DDR mussten kein Asylverfahren durchlaufen. Trotz aller politischen Kontakte zwischen beiden Staaten hatte die BRD die DDR nie diplomatisch anerkannt, was dazu führte, dass alle DDR-Bürger_innen im Verständnis der westdeutschen Politik automatisch Bürger_innen der BRD waren. Somit begann nach der Ankunft der »Übersiedler aus der DDR« in Notaufnahmelagern die Verteilung der Neuankömmlinge und der Prozess der »Eingliederung« als reiner Verwaltungsakt. Abgesehen vom zugrunde liegenden Staatsbürgerverständnis hatten diese Menschen jedoch nicht viel mit der bundesrepublikanischen Gesellschaft zu tun. Was dennoch zur weitgehenden Akzeptanz der Migrant_innen aus der DDR führte, war die tief verankerte Vorstellung, dass es sich hier um Deutsche und damit um »die eigenen Leute« handele.

Es ist frappierend, wie sehr sich die Bilder von geflüchteten DDR-Bürger_innen in Ungarn und der CSSR im Sommer und Herbst des Jahres 1989, mit denen vor der Zentralen Aufnahmestelle (ZAST) in Rostock von 1992 gleichen. Und es ist auffällig, wie unterschiedlich sie im öffentlichen Bewusstsein bewertet werden. Über Wochen und Monate hielten sich

Tausende Männer, Frauen und Kinder aus der DDR in der ungarischen Hauptstadt oder direkt im Grenzgebiet zu Österreich auf, um eine Gelegenheit zur Flucht abzuwarten. Viele von ihnen waren auf einen kurzen Urlaub eingestellt und hatten weder genügend Geld noch sonstige Güter, um die ungewisse Wartezeit eigenverantwortlich zu überstehen. Nach kurzer Zeit boten sich in vielen Orten ähnliche Bilder: Die von ungarischen und westdeutschen Hilfsorganisationen eingerichteten Lager waren restlos überfüllt, so dass zahlreiche DDR-Flüchtlinge auf Straßen und öffentlichen Plätzen kampierten. Sie schliefen und lebten an diesen Orten und mussten sie auch als Toilette benutzen. Ähnliche Szenen spielten sich bald auch in den völlig überfüllten BRD-Botschaften in Warschau und Prag ab. Auch an diesen Orten konnte nach kurzer Zeit selbst ein Mindestmaß an hygienischen Bedingungen nicht mehr gewährleistet werden. Über feindliche Äußerungen oder gar Angriffe gegenüber den DDR-Flüchtlingen in Ungarn, Tschechien oder Polen ist nichts bekannt. Im Gegenteil: Viele damals Geflüchtete konnten sich der Solidarität der vor Ort lebenden Menschen gewiss sein.

Es gab viele Gründe, die DDR verlassen zu wollen, individuelle Bedürfnisse spielten dabei sicher eine große Rolle. Die wenigsten der Ausreisewilligen hatten, im engeren Sinne, politische Gründe für ihre Flucht. Es ging den meisten Flüchtlingen um die Hoffnung auf ein besseres Leben[1]. Dafür haben Menschen seit jeher Hindernisse überwunden, und sie werden dies auch weiterhin tun. Die Massenflucht von DDR-Bürger_innen im Sommer des Jahres 1989 kann jedoch durchaus als Vorspiel zum Ende der DDR gesehen werden.

Bekannt ist: Das Jahr 1989 endete mit der Öffnung der Grenzen und dem Beginn vom Ende der DDR. Aber was folgte danach? War die durch die Erfahrung von Entbehrung, Flucht und gewonnener Freiheit geprägte Gesellschaft offen für das Leid anderer Menschen und bereit, deren Schicksal zu teilen? Nur knapp drei Jahre nachdem die Bilder von mittellosen Ostdeutschen auf ungarischen Straßen und in westdeutschen Botschaften weltweit beachtet wurden, führten ähnliche Szenarien in Rostock zu tagelangen, pogromartigen Ausschreitungen von Neonazis unter frenetischem Beifall tausender Anwohner_innen.

Schon kurz nach dem Mauerfall begann eine beispiellose Gewaltwelle gegen Flüchtlinge, Obdachlose, Punks und anderen Personen. Es gab bald die ersten Todesopfer und vor allem Migrant_innen, egal ob schon länger im Land lebend oder nicht, waren ihres Lebens nicht mehr sicher. Rostock war nicht der erste Ort, an dem Flüchtlinge angegriffen und vertrieben wurden. Die Stadt wurde aber zum Symbol einer Gesellschaft, die nicht bereit war, das Schicksal von Geflüchteten anzuerkennen. In Interviews im Umfeld des zum Sinnbild gewordenen »Sonnenblumenhauses« wurde immer wieder betont, dass die Asylbwerber_innen selbst durch ihr Verhalten die Gewalt gegen sie provoziert und daher keinen humanen Umgang verdient hätten. Die Flüchtlinge mussten teilweise im Freien campieren und hatten auch keinen Zugang zu öffentlichen Toiletten, lebten also unter Bedingungen die bis ins Detail denen im Sommer 1989 in Ungarn glichen. Der einzige Unterschied war ihre Herkunft. Während im Sommer 1989 Ostdeutsche in die wirtschaftliche Freiheit flohen, ging es in Rostock um Menschen, die durch Hunger und Krieg aus ihren Heimatregionen vertrieben wurden. Die Täter_innen, der Mob, die jubelnde Masse, die Schreibtischtäter_innen und Verharmloser_innen in Politik und Medien jedoch sprachen diesen Menschen die Legitimität ihrer Flucht nach Deutschland ab. Die Titelseiten von Spiegel und Bild, die überfüllte Schiffe und anstürmende Menschenmassen zeigten, ließen keine differenzierte Betrachtung einzelner Fluchtgründe zu. Die diskursive Ausgrenzung und Gewalt bedingen sich gegenseitig.

Für ihre (Nicht-)Akzeptanz – vor und nach den Gewaltexzessen in Rostock-Lichtenhagen – spielte die Abstammung eine Rolle, nicht die tatsächlichen Fluchtursachen. Als Deutsche wurden Menschen aus der DDR willkommen geheißen, während Bürgerkriegsflüchtlinge nicht diesen völkischen Kriterien entsprachen. Die oft zitierten »humanitären Gründe«, die zur Unterstützung ostdeutscher Flüchtlinge bei deren Weg in den Westen führten, galten und gelten demnach für Flüchtlinge aus Bürgerkriegsregionen nicht.

1 *Die Motive der Ausreiser_innen sind bisher kaum erforscht, der einschlägige Text zur Ausreisebewegung geht nur am Rande auf sie ein:*
Bernd Eisenfeld, Die Ausreisebewegung – eine Erscheinungsform widerständigen Verhaltens, in: Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstands und der Opposition in der DDR, hrsg. Ulrike Poppe, Rainer Eckert, Ilko-Sascha Kowalczuk, Berlin 1995, S. 192–223:
»Dabei wird die Motivlage der Antragsteller weitestgehend ausgeklammert. Für eine differenzierte Bewertung der tatsächlichen Motive reichen die vorliegenden Befragungsergebnisse sowie die von staatlichen Behörden der DDR und dem MfS gewonnenen Erkenntnisse nicht aus. Hierzu bedarf es vor allem einer Antwort auf die Frage, welche Gründe für die Antragstellung unter den spezifischen Bedingungen der DDR politischen Intentionen zugeordnet werden können und welche nicht (so beispielsweise die Frage des Wunsches nach selbstbestimmter Lebens-, Freizeit- und Arbeitsgestaltung).«
(S. 200 f).
Immerhin erwähnt Eisenfeld die Sorge der staatlichen Stellen, die Antragsteller_innen könnten ausdrücklich politisch werden:
»Und nichts wurde mehr gefürchtet als ein Zusammenschluss der Antragsteller mit anderen Kräften der politischen Untergrundtätigkeit.« (S. 210) – was auch als Hinweis zu lesen ist, dass die PUT (»die Kräfte der politischen Untergrundtätigkeit« Anm. 96) eine andere Szene waren.

Rassismus und Neonazismus
in den 1990er Jahren

VEREINTE KRÄFTE

Im Schatten der Wende

RECHTE GEWALT IN SACHSEN-ANHALT ZU BEGINN DER 1990ER JAHRE

Am Abend des 2. Oktober 1990 treffen sich Jugendliche – wie an vielen anderen Abenden – in der Ketschauer Mühle am Rande der Stadt Zerbst. Man würde sie wahrscheinlich als Punks beschreiben, vielleicht auch als Grufties – die Ausdifferenzierung verschiedener Jugendkulturen ist in der anhaltischen Kleinstadt noch nicht weit fortgeschritten, die Grenzen zwischen den verschiedenen Stilen oftmals fließend. Sie gehören zur kleinen alternativen Szene in Zerbst. Im August 1990 besetzten die Jugendlichen die leerstehende Ketschauer Mühle– ein gewaltiges Gebäude von 18 Metern Höhe. Hier verbringen sie ihre Freizeit und suchen Schutz vor den Faschos – die damalige Bezeichnung für Neonazis. Wie in vielen Gegenden der Fast-nicht-mehr-DDR sind rechte Skinheads längst die Platzhirsche unter den Jugendlichen. Sie dominieren den Alltag und legen fest wer Freund und wer Feind ist. Vor allem die alternative Szene gerät ins Visier der Faschos. Auch die Ketschauer Mühle wird zum Angriffsziel. Fünf Mal musste bereits die Feuerwehr anrücken. Weitere Brände konnten die jungen Leute selbst löschen.

1990 ist das Leben dominiert von den gesellschaftlichen Umbrüchen der Wendezeit und von der Euphorie über die bevorstehende Wiedervereinigung. Für die wachsende rechte Gewalt interessiert sich nur eine Minderheit. In großen Schritten geht es auf den 3. Oktober, den »Tag der Deutschen Einheit«, zu – auch in Zerbst. Für 17 Jugendliche sollte dieser Tag beinahe mit dem Tod enden.

Während viele Zerbster_innen am Abend des 2. Oktober 1990 die deutsche Einheit in ihren Schrebergärten feiern, ziehen Faschos ein weiteres Mal zur Ketschauer Mühle. Der Angriff ist öffentlich angekündigt: Die Lokalzeitung berichtet, dass es »in der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober zu einem Zusammenstoß einer großen Anzahl rechtsgerichteter Jugendlicher aus Zerbst, Roßlau und Magdeburg mit linksgerichteten Jugendlichen aus Zerbst in der Ketschauer Mühle kommen soll.« Weiter heißt es, dass »[d]as Zerbster VPKA [Volkspolizeikreisamt, MB] […] sich auf Grund seiner zur Verfügung stehenden Kräfte jedoch außerstande [sieht], dort einzugreifen.« [1] Die Nachricht kommt einem Freibrief gleich, und so finden sich laut Berichten zwischen 150 und 300 Angreifer im Dunkel der Nacht zusammen, um das Haus mit Steinen, Raketen und Molotov-Cocktails zu attackieren. Kurz vor 23 Uhr brennen das gesamte Erdgeschoss, das Treppenhaus sowie Teile der Zwischenetagen und des Dachstuhls. Die Angegriffenen flüchten aufs Dach. Ihr Überleben hängt von einem Sprungpolster der Feuerwehr ab, welches für eine Höhe von 5 Metern zugelassen ist. Wie durch ein Wunder überstehen die meisten den Sprung aus 18 Metern ohne schwere Verletzungen.

Kurz nach der Rettung vor den Flammen ist es Mitternacht; der 3. Oktober ist angebrochen und die Einheit offiziell vollzogen. Im gesamten Bundesgebiet ist der Himmel nun aus anderen Gründen erleuchtet: Feuerwerke sollen den Beginn eines neuen Zeitalters feiern. Vor dem Reichstag in Berlin jubelt die Menge im schwarz-rot-goldenen Fahnenmeer und singt die deutsche Nationalhymne.

Auch das Ausmaß der rechten Gewalt erlebt eine Wende

Die Zeit um die Jahre 1989/90 wird im Hinblick auf die gesellschaftspolitischen Veränderungen in der DDR und den folgenden Beitritt zur BRD oft als »Wende« bezeichnet. In Anbetracht der Ereignisse und Entwicklungen der folgenden Jahre ließe sich auch in Bezug auf die gesellschaftliche Verbreitung von Rassismus und rechter Gewalt von einer Wende sprechen.

Das Ausmaß rechts motivierter Angriffe überbot in seiner flächendeckenden Verbreitung, seiner jahrelangen Kontinuität und seinem gesellschaftlichen Rückhalt alle vergleichbaren Entwicklungen auf deutschem Staatsgebiet seit dem Ende des 2. Weltkriegs.

Im Jahr der »Wiedervereinigung« registriert der Verfassungsschutz 296[2] rechte Gewalttaten in Deutschland, wobei Zahlen aus Ostdeutschland nicht in dieser Statistik auftauchen. Für das Jahr 1991 spricht das Bundesamt für Verfassungsschutz von 1.483 rechten Gewalttaten, davon 383 Brand- und Sprengstoffanschläge.[3] 1992 waren es im gesamten Bundesgebiet schon 2.639 rechtsmotivierte Angriffe, zu denen 713 Brand- und Sprengstoffanschläge zählten. Im Jahr 1993 waren es 2.232 Gewalttaten, ein Jahr später 1.489 und 1995 837.[4]

Die Ursachen für diese Entwicklungen waren vielschichtig. Die gesellschaftlichen Transformationsprozesse in Ostdeutschland gingen nicht so reibungslos vonstatten, wie von den Befürworter_innen der »Wiedervereinigung« erhofft. Die Schrumpfung der nach marktwirtschaftlichen Maßstäben ineffizienten ostdeutschen Wirtschaft führte zu massiver Arbeitslosigkeit. Das neue – westdeutsche – Wertesystem brachte viele persönliche Entwertungs- und Entfremdungserfahrungen mit sich. Während der alte Staat verschwand, war der neue noch nicht da. Orientierungslosigkeit war die Folge.

Ideologischen Halt suchten viele Menschen in Vertrautem – einer weitgehend homogenen ostdeutschen Gesellschaft, sozialer Kontrolle und der Sanktionierung abweichenden Verhaltens. Damit einher ging die rassistische Ablehnung von Flüchtlingen und Asylbewerber_innen. All dies speiste sich aus den Erfahrungen in der DDR, in der politische, kulturelle und ethnische Diversität weder gelebt noch erwünscht waren. In dieser Atmosphäre konnte eine Ablehnung alles »Fremden« gedeihen, die sich nach dem Fall der Mauer gewalttätig Bahn brach.

Die Gewalt gegen verschiedene gesellschaftliche Randgruppen muss – bei aller Spezifik der jeweiligen Tatmotivationen – zusammengedacht

vorherige Doppelseite
Hunderttausende waren zum Reichstag gekommen, um die Vereinigung der beiden deutschen Staaten an historischer Stelle zu feiern. Berlin, 3. Oktober 1990

1 *Partner der Veranstalter, in: Volksstimme vom 2. Oktober 1990*

2 *Tielemann, Kea: Die Erfassung rechtsextremistischer Straftaten, in: CILIP 44, 1/1993, im Internet unter www.cilip.de/ausgabe/44/tieleman.htm, zuletzt eingesehen am 20.12.2014.*

3 *Vgl. Bundesminister des Innern, Verfassungsschutzbericht 1991, Bonn 1992, S.76. Aufgrund verschiedener Unzulänglichkeiten können die Zahlen des Bundesamtes für Verfassungsschutz nur als Anhaltspunkt für das Ausmaß rechtsmotivierter Gewalttaten dienen. Grundsätzlich ist bei diesen Statistiken zu beachten, dass die Dunkelziffer relativ hoch ist, da rechte Gewalttaten, insbesondere aus rassistischer Motivation, oftmals nicht zur Anzeige gebracht werden oder überhaupt an die Öffentlichkeit gelangen – sei es aus Angst oder aufgrund von Unkenntnis der eigenen Rechte Betroffener. Ein weiteres Manko war der fehlende Einblick der Behörden in den rechten Alltag in den ersten Jahren der Neuen Bundesländer. Neben dem Aufbau von Strukturen mussten Beamte erst an- und umgelernt werden bevor es überhaupt möglich war, die Welle rechter Gewalt analytisch zu erfassen. Beim Rückgriff auf Zahlen des BfV sollte auch nicht die Problematik nachrichtendienstlichen Agierens außer Acht gelassen werden. Nicht zuletzt das Auffliegen des NSU hat die Frage aufgeworfen, inwiefern der Verfassungsschutz aufgrund des V-Mann-Systems selbst in die rechte Szene und die von ihr ausgehende Gewalt verstrickt ist.*

4 *Vgl. Bundesminister des Innern, Verfassungsschutzberichte der Jahre 1992-1995.*

werden. Flüchtlinge, Obdachlose und linke Jugendliche entsprachen nicht den gesellschaftlichen Vorstellungen von Angepasstheit und Nützlichkeit. Damit fielen sie ins Feindbildraster der extremen Rechten. Vor allem Migrant_innen gerieten doppelt ins Visier. Als ehemalige Vertragsarbeiter_innen oder neu ankommende Asylbewerber_innen entsprachen sie nicht den Kriterien ökonomischer Nützlichkeit und unterlagen einer offen auftretenden rassistischen Diskriminierung.

Verstärkt wurde diese Entwicklung durch die nationalistische Euphorie über die »Wiedervereinigung« sowie die aggressiv geführten und rassistisch geprägten Debatten über Flucht und Asyl. Diese waren bereits seit den 1980er Jahren gezielt von rechten und konservativen Kreisen forciert worden. Höhepunkt dieses Diskurses war Anfang der 1990er Jahre die Kampagne gegen das Asylrecht. Für eine Änderung des Grundgesetzes benötigten CDU und CSU die Stimmen der oppositionellen SPD. Eine in der Bevölkerung wachsende Unzufriedenheit mit dem Anstieg der Asylbewerberzahlen wurde daher von konservativen Kreisen gezielt aufgegriffen und weiter geschürt. Medien beteiligten sich mit reißerischen Titelbildern, die Flüchtlinge als bedrohliche unkontrollierbare Masse darstellten. Dazu gab es Schlagzeilen wie »Asyl. Die Politiker versagen«[5], »Ansturm der Armen«[6] oder »Asyl: Bonn, tu was!«[7].

Angesichts derartiger gesamtgesellschaftlicher Tendenzen fiel es Neonazis nicht schwer, vor allem in den Neuen Bundesländern an Einfluss zu gewinnen. Bereits in der DDR existierte eine rechte Subkultur, die in ihren Vorstellungen von Anpassung und Gehorsam durchaus Ähnlichkeiten mit der autoritären Verfasstheit des DDR-Staates aufwies. Seit dem Mauerfall begannen Kader der extremen Rechten aus Westdeutschland hier ihre Mitglieder zu rekrutieren und neonazistische Strukturen aufzubauen. »Rechts« zu sein wurde unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen zur Normalität. Dies galt auch für rechts motivierte Gewalt. Begünstigt wurde dies auch durch den Zerfall der alten staatlichen Strukturen und den schleppenden Neuaufbau, unter anderem bei Polizei und Staatsanwaltschaften. Bis Mitte der 1990er Jahre war die Wahrscheinlichkeit hoch, dass Gewalttaten keine Strafverfolgung nach sich zogen. Neonazis und ihr Umfeld wussten diese Freiräume für gewalttätige Exzesse zu nutzen. Bestätigung für ihr Vorgehen fanden sie in der gesellschaftlichen Grundstimmung – vor allem wenn es um die rassistische Mobilisierung gegen Flüchtlinge ging. Ihrer Vorstellung nach setzten Neonazis den »Willen des Volkes« auf der Straße um.

Rassistische Mobilisierung und Pogromstimmung

In der öffentlichen Erinnerung wird die flächendeckende rechte Gewalt der 1990er Jahre zumeist mit wenigen zentralen Ereignissen verbunden und zugleich auf diese reduziert. Hierzu gehören die tagelangen Angriffe auf ein Flüchtlingsheim und ein Wohnhaus ehemaliger DDR-Vertragsarbeiter vom 17. bis 23. September 1991 in Hoyerswerda. Nicht nur Neonazis, sondern auch Menschen aus der »Mitte der Gesellschaft« beteiligten sich zu Hunderten an den Ausschreitungen. Sie skandierten Parolen und klatschten Beifall, als Steine und Molotow-Cocktails geworfen wurden. Aufgrund der offenen Zustimmung in Teilen der Bevölkerung und des Belagerungscharakters vor den Häusern wird Hoyerswerda heute als rassistisches Pogrom bezeichnet. Schließlich siegte hier die Straße über den Rechtsstaat. Die Bewohner_innen der Häuser wurden evakuiert. Unter Polizeibegleitung oder auf eigene Initiative gelangten sie in andere Orte. Ein Großteil der ehemaligen Vertragsarbeiter_innen wurde später abgeschoben. Unter den Angreifer_innen und Sympatisant_innen galt Hoyerswerda fortan als »ausländerfrei« und blieb bis zum Frühjahr 2014 ohne Flüchtlingsheim. Der Begriff »ausländerfrei« wurde zum Unwort des Jahres 1991 gewählt.

Ein knappes Jahr später erzielte das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen weltweite Aufmerksamkeit. Hier beteiligten sich zwischen dem 22. und dem 26. August 1992 tausende von Neonazis und rassistischen Anwohner_innen direkt oder indirekt an den Angriffen auf die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZASt) und ein Wohnheim für ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter_innen. Noch intensiver als die Ereignisse in Hoyerswerda wurden die Ausschreitungen von den Medien begleitet, so dass auch die Rede vom »live übertragenen Pogrom« war. Das brennende Sonnenblumenhaus wurde schnell zum Symbol für den wieder erstarkten Hass auf vermeintlich Fremde in Deutschland. Auch hier erreichten die Angreifer_innen, wonach sie verlangten: Die ZASt wurde verlegt, die Vietnames_innen aus der Stadt gebracht.

In der öffentlichen Erinnerung wird die rechte Gewalt der 1990er Jahre zumeist mit wenigen zentralen Ereignissen verbunden

Wie in Hoyerswerda, hatten auch in Rostock die Gewalttäter_innen über den Rechtsstaat triumphiert. Bernd Seite, CDU-Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern zog seine ganz eigenen Schlüsse aus den rassistischen Angriffen. Auf einer Pressekonferenz führte er aus: »Die Vorfälle der vergangenen Tage machen deutlich, dass eine Ergänzung des Asylrechts dringend erforderlich ist, weil die Bevölkerung durch den ungebremsten Zustrom von Asylanten überfordert wird.«[8] CDU und CSU nutzten die rechte Gewalt als Argument, um die SPD zum Einlenken in der Frage der forcierten Einschränkung des Grundrechts auf Asyl zu bewegen. Am Ende der von den rassistischen Angriffen befeuerten Debatte stand im Mai 1993 der sogenannte Asylkompromiss. Die Einschränkungen des Grundrechts auf Asyl kamen seiner faktischen Abschaffung nahe.

Der Triumph auf der Straße wurde als Signal verstanden. Es folgten Nachahmungstaten in der gesamten Bundesrepublik. Schließlich starben bei Brandanschlägen in Mölln im November 1992 drei Menschen und im Mai 1993 in Solingen fünf Menschen. In den ersten vier Jahren nach der deutschen Einheit kamen – nach einer Statistik der Amadeu Antonio Stiftung – 66 Menschen durch rechtsmotivierte Gewalt ums Leben.

Schließlich verschärften staatliche Stellen – auch nach internationalem Druck – das Vorgehen gegen neonazistische Gruppierungen. Es kam zu mehreren Verboten. Gepaart mit internen Auseinandersetzungen hatte dies ab 1994 eine Umstrukturierung der rechten Szene und einen Rückgang der Gewalt zur Folge. Auch die Einschränkung des Asylrechts befriedete die Situation. Auf dem Rücken der Flüchtlinge wurde der extremen Rechten ihr wichtigstes Agitationsthema genommen.

5 *Der Spiegel vom 06. 04. 1992.*

6 *Der Spiegel vom 09. 09. 1991.*

7 *Bild vom 26. 09. 1991.*

8 *Schmidt, Jochen: Politische Brandstiftung. Warum 1992 in Rostock das Ausländerwohnheim in Flammen aufging, Berlin 2002, S. 157.*

Rechte Gewalt in Magdeburg

Zentren rechter Gewalt sind die Großstädte, auch in Sachsen-Anhalt. Wenige Wochen nach dem Angriff auf die Jugendlichen in Zerbst 1990. Der Schauplatz ist Magdeburg. Seit einiger Zeit wohnt ein junges Paar aus dem Sudan mit seinen drei Kindern in einem Hochhaus in der Zollstraße. Der Mann kam noch zu DDR-Zeiten mit einem Stipendium zur Facharztausbildung in die Stadt. Die Frau folgte ihm etwas später. Eine Rückkehr in den Sudan ist nach dem islamistischen Militärputsch vorerst ausgeschlossen. Die Familie fürchtet politische Verfolgung. Sie lebt weiterhin in der Magdeburger Zollstraße und beschreibt sich heute als »die einzigen nichtdeutschen« Mieter_innen im Block. Obwohl sie Freundschaften zu anderen Bewohner_innen pflegen, bleibt ihnen nicht verborgen, dass die Stimmung im Haus und in der Stadt zunehmend rauer und unfreundlicher wird. Eines Abends spüren sie dies am eigenen Leib. Während der Mann seiner Frau und seinem ältesten Sohn im Wohnzimmer Deutschunterricht gibt, wird im Aufenthaltsraum neben dem Schlafzimmer der Kinder Feuer gelegt. Die Tapete brennt. Die Eltern retten ihre Kinder aus der verrauchten Kammer und werden von Feuerwehr und Polizei in Sicherheit gebracht. Auf der Straße sagen die umherstehenden Menschen, das Feuer habe ihnen – als Ausländer – gegolten. Fortan lebt die Familie in der Angst, dass sich Ähnliches oder Schlimmeres wiederholen könnte.

Am 1. September 1991 überfallen Skinheads eine Gruppe Türken in Magdeburg. Die vier Männer werden in ihren Autos aus dem Schlaf gerissen, auf die Straße gezerrt und verprügelt. Ein Mann wird mit Leuchtmunition beschossen und gerät in Brand. Zwei andere werden, in ihrem Wagen sitzend, in die Elbe gestoßen. Einer der Betroffenen liegt anschließend neun Tage im Koma. [9] Wie die Landesregierung auf Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen zugeben muss, gibt es erhebliche Mängel bei den Ermittlungen. Monate später sind die Angegriffenen noch immer nicht von der Polizei befragt worden.[10] Die Täter gehören zu einer größeren Gruppe der Skinheadszene und sind polizeibekannt. Ihnen werden unter anderen bei mehreren Angriffen gefährliche Körperverletzung und Landfriedensbruch zur Last gelegt.[11]

Der Mörder Torsten Lamprechts konnte nie ermittelt werden

Am 9. Mai 1992 greifen 50 bis 60 bewaffnete Neonazis eine Party von Punks auf den Magdeburger Elbterrassen an. Die Skinheads schlagen mit Baseballschlägern auf die zum Teil schon schlafenden Gäste ein. Acht Menschen müssen mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus. Der 23-jährige Torsten Lamprecht erliegt zwei Tage später seinen schweren Verletzungen. Er ist das erste Todesopfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt. Polizeikräfte, die während des gesamten Geschehens in unmittelbarer Nähe waren, griffen nicht ein, hinderten sogar noch den Rettungswagen daran, früher vorzufahren und ließen die Täter laufen. Letztlich wurde gegen 18 Angreifer Anklage erhoben, aber der Mörder Torsten Lamprechts konnte nie ermittelt werden.[12]

Unter den Angreifern waren auch Mitglieder der über 30-köpfigen Skinheadgruppe, die schon an dem Überfall auf die vier türkischen Männer beteiligt waren.[13] Auch nach ihren Geständnissen zum Überfall vom 1. September 1991 befanden sich die Täter noch auf freiem Fuß.

Diese Gewalttaten stehen in einer Reihe zahlreicher weiterer rechter Angriffe in Magdeburg. Linke Jugendliche berichten, dass es – wie auch in Zerbst – bereits am 3. Oktober 1990 einen Überfall gab. In Magdeburg-Olvenstedt wurden zwei Wohnblöcke angegriffen, die von Vietname-s_innen bewohnt waren.[14] Nur wenige Tage später wurden vietnamesische Straßenhändler von Skinheads überfallen und ausgeraubt.[15] Es folgten mehrere Angriffe u. a. auf Flüchtlingsheime (am 17. Juli 1991[16], mehrfach in der Nacht vom 4. auf den 5. Oktober 1991[17] und am 1. Dezember 1992[18]), ein Aussiedlerheim (am 20. Oktober[19] und am 2. November 1991[20]) sowie ein von Linken bewohntes Haus (am 20. und am 24. April 1992[21]).

Ein weiterer Höhepunkt rechter Gewalt in Magdeburg zu Beginn der 1990er Jahre sind die sogenannten Himmelfahrtskrawalle. Am 12. Mai 1994 jagen Nazis und Hooligans am helllichten Tag Ausländer_innen durch die Innenstadt, bis sich diese in eine Bar flüchten können. Gäste und Personal verteidigen die bei Migrant_innen beliebte Bar. Die Polizei greift zunächst nicht ein und geht schließlich primär gegen die Betroffenen vor, die sich zu wehren versuchen. Unterschiede zwischen Angreifern und Angegriffenen werden nicht gemacht. Die 49 Festgenommenen, unter denen sich auch 14 Ausländer befinden, werden ohne Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft in derselben Nacht freigelassen.[22] Das Echo in der Presse ist groß. Auf medialen Druck hin ermittelt eine Sonderkommission 86 Tatverdächtige, von denen letztlich acht verurteilt werden.[23] Magdeburgs damaliger Polizeipräsident macht vor allem Sonne und Alkohol für die rassistische Gewalt verantwortlich. Während in der Stadt ein Zeltlager mit etwa 100 rechten Jugendlichen stattfindet,[24] gibt er zu verstehen: »Magdeburg ist kein Hort der Rechtsradikalen.«[25]

Molotov-Cocktails auf Flüchtlingsheime in Sachsen-Anhalt

Rassismus und rechte Gewalt zu Beginn der 1990er Jahre waren ein flächendeckendes Phänomen. Auch in Sachsen-Anhalt kam es zu zahlreichen Angriffen und pogromartigen Ausschreitungen.

Allein 1991 wurden 16 rassistisch motivierte Brandanschläge verübt. Im Jahr darauf zählte der Landesverfassungsschutz 303 rechte Gewalttaten, 215 von ihnen gegen Flüchtlinge und Migrant_innen. Die Zahl der Brandanschläge stieg auf 53. Für 1993 wurden 132, für 1994 108 rechte Angriffe registriert.[26] Die Dunkelziffer dürfte für diese Jahre um einiges höher sein. Bis Ende 1994 wurden drei Menschen von Neonazis ermordet.

In der Nacht zum 28. August 1992, kurz nach dem Ende der Auseinandersetzungen in Rostock-Lichtenhagen werfen vier Täter einen Brandsatz auf ein Flüchtlingsheim in Oschersleben. Bewohner_innen können das Feuer gerade noch löschen.[27] Eine Nacht später greifen über 100 rechte Jugendliche die Unterkunft an.[28] Während einige Anwohner_innen die Jugendlichen anfeuern, gibt es nur wenige, die dabei helfen, die Flüchtlinge aus dem Haus zu retten. Fast zeitgleich kommt es auch in Schwanefeld bei Haldensleben, Henningen bei Salzwedel, Zielitz bei Magdeburg, Genthin und Stendal zu Angriffen auf Flüchtlingsheime. In Dessau bleibt es beim Versuch.

9 *Landtag Sachsen-Anhalt: Vorwurf nachlässiger Polizeiermittlungen, Dr 1/3171, Magdeburg 1993.*

10 *Vgl. Auf Leben und Tod, in: Der Spiegel vom 30.05.1994, S. 34.*

11 *Landtag Sachsen-Anhalt: Vorwurf, Dr 1/3171, Magdeburg 1993.*

12 *Vgl. Für mich war er einfach ein guter Freund. Am 9. Mai vor 13 Jahren wurde in Magdeburg der Punk Torsten Lamprecht getötet, in: Informationen der Mobilen Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt, Ausgabe Nr. 8, 2005, S. 4.*

13 *Vgl. Auf Leben und Tod. Lascher Umgang mit rechten Gewalttätern bringt die sachsen-anhaltinische Justiz in Verruf, in: Der Spiegel vom 30.05.1994, Ausgabe 22, S.34.*

14 *Vgl. Für mich war er einfach ein guter Freund. Am 9. Mai vor 13 Jahren wurde in Magdeburg der Punk Torsten Lamprecht getötet, in: Informationen der Mobilen Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt, Ausgabe Nr. 8, 2005, S. 4.*

15 *Vgl. Rassistisch motivierte Gewaltaktionen, in: Taz Journal. Die Deutschen und die Fremden. Aus dem Alltag eines Einwanderungslandes, Frankfurt/M 1992, S. 54.*

16 *Vgl. ebd., S. 55.*

17 *Vgl. Steinwürfe gegen das Asylantenheim, in: Volksstimme vom 7.10.1991.*

18 *Vgl. Neues Deutschland vom 4.12.1992.*

19 *Vgl. Skinheads griffen Polen an, in: Frankfurter Rundschau vom 21.10.1991.*

20 *Vgl. Rassistisch motivierte Gewaltaktionen, in: Taz Journal. Die Deutschen und die Fremden. Aus dem Alltag eines Einwanderungslandes, Frankfurt/M 1992, S. 57.*

21 *Vgl. Verhalten der Polizei in Magdeburg beim Überfall von Skinheads am 24. April 1992 auf Jugendliche in der Immermannstraße 30, in: Landtag Sachsen-Anhalt Plenarprotokoll 1/32, S. 3457.*

22 *Vgl. Bar Chef: »Die Polizei griff erst ein, als alles gelaufen war«, in: Volksstimme vom 14.05.94.*

23 *Vgl. Himmelfahrtskrawalle waren das Ende der Unschuld, in: Volksstimme vom 28.05.2014, im Internet unter: http://www.volksstimme.de/nachrichten/sachsen_anhalt/1284345_Himmelfahrtskrawalle-Das-Ende-der-Unschuld.html, zuletzt eingesehen am 26.11.2014.*

24 *Vgl. Gewaltpotential war bekannt, in Frankfurter Rundschau vom 14.05.94.*

25 *Polizei kann Tätern nichts nachweisen, in Volksstimme vom 14.05.1994.*

26 *Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt, Verfassungsschutzberichte 1991–1995.*

27 *Vgl. Erste Haftbefehle wegen der Gewalttaten in Rostock verhängt, in: Frankfurter Rundschau vom 29.08.92.*

28 *Vgl. Angriffswelle auf Flüchtlinge, Frankfurter Rundschau vom 31.08.92.*

Am 7. September 1992 attackieren etwa 50 Neonazis – animiert von zahlreichen Schaulustigen – die Asylunterkunft in Quedlinburg. An den folgenden Tagen wächst die aggressive Menschenmenge auf bis zu 500 Personen. Wie in Rostock-Lichtenhagen werden die Steine und Brandsätze werfenden Rechten beklatscht und bejohlt. Die Polizei ist nicht in der Lage oder nicht willens, die pogromartigen Ausschreitungen zu beenden. Im Unterschied zu vielen anderen Städten, in denen ähnliches passierte, protestieren Bürger_innen – vom Punk bis zum Stadtratsmitglied – gegen die Angriffe und stellen sich mit einer Mahnwache schützend vor das Gebäude. Auch sie werden von der gewalttätigen Menge angegriffen. Am 10. September führen Antifa-Gruppen eine Demonstration zum Schutz der Flüchtlinge vor der Unterkunft durch. Für diese Zeit muss sich der Mob vom Heim zurückziehen, doch bereits am nächsten Tag geht es weiter.[29] Sachsen-Anhalts Innenminister Hartmut Perschau (CDU) gibt dem Druck der Angreifer nach und lässt das Flüchtlingsheim am 13. September räumen. In den darauffolgenden Wochen kommt es in ganz Sachsen-Anhalt zu weiteren rechten Angriffen. Allein im September 1992 werden 20 Brandanschläge auf Unterkünfte von Asylbewerber_innen verübt.[30]

Im Interesse der damaligen Opfer rechter Gewalt gilt es, diese Schattenseite der Wende ins Bewusstsein der Gesellschaft zu rücken

25 Jahre später: Leerstellen der Erinnerungskultur

Die Perspektive gesellschaftlicher Randgruppen wie Migrant_innen, schwarzer Deutscher, Obdachloser, linker Jugendlicher oder Homosexueller spielt in der kollektiven Erinnerung an die Wende keine wahrnehmbare Rolle. Die Erfahrungen von erlittener Diskriminierung und Gewalt sowie die langanhaltende Ignoranz der Gesellschaft diesem Umstand gegenüber sind jedoch bis heute tief in der Erinnerung der genannten Gruppen eingeschrieben, und wurden als Narrativ über die 1990er Jahre weitergegeben.

Im Interesse der damaligen Opfer rechter Gewalt und Diskriminierung gilt es, das Bild von der erfolgreich gestalteten Phase des demokratischen Auf- und Umbruchs in der DDR um jene Facetten zu ergänzen, die als Schattenseite der Wende beschrieben und ins Bewusstsein der Gesellschaft gerückt werden müssen.

Hierzu bedarf es einer Kultur des Erinnerns, die jene in den Mittelpunkt stellt, die im Zuge der Umbrüche nicht einfach »unter die Räder der Zeit gerieten«, sondern Opfer der rassistischen und nationalistischen gesellschaftlichen Gemengelagen wurden. Es gilt einzugestehen, dass die damalige Transformationsgesellschaft vor der Herausforderung, mit von Ausgrenzung und Gewalt konfrontierten Gruppen Solidarität zu üben, versagt hat.

MICHAEL BARTHEL

29 *Vgl. »Aufhetzen, gewähren lassen und anschließend kapitulieren«, in Impulse #37, 2012, S. 12.*

30 *Vgl. Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt, Verfassungsschutzbericht 1992, Magdeburg 1993, S. 8.*

Die Generation Hoyerswerda

Fragt man nach den Ursachen der Welle rassistischer Gewalttaten zu Beginn der 1990er Jahre in Ostdeutschland, fällt der Blick gemeinhin auf die besondere Situation der Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Ihre Prägung durch die Wendejahre dient der Beschreibung der Entwicklung zu rechten Gewaltakteuren. Gravierende Umbrüche in Familie, Schule und Arbeitswelt würden die Affinität der »Generation Wende« zu Gewalt und Rassismus erklären.[1] So oder ähnlich lautet die gängige Deutung der Entwicklungen in Ostdeutschland. Rechte Gewalt erscheint als Symptom eines Reaktionsmusters ostdeutscher Jugendlicher auf als krisenhaft wahrgenommene gesellschaftliche Veränderungen.[2] Sie wird nicht als politisches Phänomen, sondern als jugendspezifisches Übergangsphänomen gedeutet.

Vor allen in den Jahren nach der Wiedervereinigung wurde die gesamtgesellschaftliche Dimension der rechten Gewaltexzesse zu Gunsten eines Diskurses über Jugenddelinquenz von rechts ausgeblendet. So fokussierten sich die damaligen sozialpädagogischen Strategien im Umgang mit rechten Gewalttäter_innen auf Akzeptanz und Integration. Räume wurden zur Verfügung gestellt, um die Gruppen »von der Straße zu holen« und sie pädagogisch zu beeinflussen. Diese Strategie misslang. Letztendlich dienten in den ostdeutschen Ländern rechte Jugendclubs bis Ende der 1990er Jahre als Basis für die Reproduktion rechter Jugendkultur und den Aufbau rechter Strukturen. Im Ergebnis führte dieser Ansatz zu einer nachhaltigen Stärkung des Neonazismus.

Von der »Generation Wende« zur »Generation Hoyerswerda«

Im Zuge der Diskussion über den NSU-Terror kam für die Beschreibung der politisch-biographischen Erfahrungen der Täter und ihres Umfeldes der Begriff »Generation Hoyerswerda« auf. Dieser versuchte – anders als der Begriff der »Generation Wende« – rechte Gewaltakteure dieser generationellen Gruppe nicht nur als Opfer von Entwertungserfahrungen zu betrachten, sondern auch ihre aktive Rolle im Prozess einer ideologisch aufgeladenen rassistischen Selbstermächtigung zu Gewalt und Terror zu thematisieren. Erst im Rückblick wird deutlich, wie weit diese Selbstermächtigung ging – etwa durch die große Selbstverständlichkeit, mit der rassistische Täter_innen im Fernsehen und vor Gericht ihre Gewalt gegenüber Menschen

1 *Vgl. Sackmann, Reinhold u.a.: Die Generation der Wende. Berufs- und Lebensverläufe im sozialen Wandel, Opladen 2000.*

2 *Vgl. Sturzbecher, Dietmar: Jugend in Ostdeutschland. Lebenssituationen und Delinquenz, Wiesbaden 2000.*

rechtfertigten, die sie als Feinde rasterten. Rechte Gewaltakteure propagierten offensiv, im Namen einer schweigenden Mehrheit zu handeln. Hierbei wurden sie durch die rassistischen Diskurse in Medien und Politik bestärkt.

Prägend war zudem die Erfahrung, dass Sanktionen von Staat und Gesellschaft auf die entgrenzte Gewalt auf sich warten ließen oder gar ausblieben. Die so erlebten Freiräume ermöglichten es jugendkulturellen Akteuren des Rechtsextremismus, nach neuen Formen zur Etablierung einer regionalen kulturellen Hegemonie zu suchen. Spätestens ab Mitte der 1990er Jahre diffundierte ihre völkisch-rassistische Ideologie in vielfältige kulturelle und soziale Praxen. Es entstand eine Vielfalt rechter Lebensstile, die stark an Phänomene der Popkultur angelehnt ist.

Seit Ende der 1990er Jahre ist eine rechte lebensweltliche Orientierung nicht mehr ausschließlich an den gewaltaffinen und maskulinen Habitus der Skinheadszene gebunden. Das Engagement im bewegungsorientierten Neonazismus findet sich in Formen überführt, aus denen mittlerweile durchaus soziale Anerkennung und Konformität resultieren. Heute agieren Personen, die vor fünfzehn Jahren nachhaltig in rechten Erlebniswelten sozialisiert wurden, als Nachbar_innen, Vereinsmitglieder und Eltern. An die Stelle sichtbarer rassistischer Gewaltaffinität und offener Bezugnahme auf den Neonazismus sind »weichere« Formen des Ausdrucks rechter Einstellungen und Alltagspraxis getreten. Sind sie auch weniger aggressiv, so bleiben sie doch in ihrer Eindeutigkeit der Ablehnung anderer konstant. Diese Entwicklung schlägt sich ab Ende der 1990er Jahre zum Beispiel in der Wahl germanischer Vornamen nieder oder in Geburtsanzeigen, die mit Runen verziert sind. Ausdruck der Ausdifferenzierung rechter Lebenswelt ist auch der Boom neuheidnischer und esoterischer Praxen und Angebote, die für sich genommen zwar nicht rechtsextrem sind, jedoch durch den ihnen innewohnenden Antiuniversalismus breit nach rechts anschlussfähig sind. Ein Teil jener, die ihre rechte politische Sozialisation im Umfeld der rassistischen Gewaltexzesse der 1990er Jahre erfuhren, sind so nach wie vor weltanschaulich an den Rechtsextremismus gebunden. Im Spektrum der öffentlich wahrgenommenen Aktivitäten der rechten Szene sind sie allerdings nicht mehr sichtbar repräsentiert.

Normalisierungseffekte

Die »Generation Hoyerswerda« ist in der Gegenwart angekommen. Ehemalige Gewaltakteure und ihr Umfeld sind inzwischen Eltern. Da, wo diese etwa ihre Auffassungen zur Ausrichtung der Erziehung als Allgemeingut ausgeben, kommt es zum Konflikt. Lehrer_innen berichten von Elternabenden, auf denen Eltern einen »deutschen Geschichtsunterricht« fordern. Im Kindergartenbeirat werden Stimmen laut, die die Teilnahme an einem multikulturellen Kinderfest ablehnen. Rechte Eltern sind jedoch nicht allein eine Herausforderung für Lehrer_innen und Erzieher_innen. Die »Generation Hoyerswerda« gibt ihre Orientierung an Ideologien der Ungleichwertigkeit an ihre Kinder weiter. Rechte Einstellungen und Alltagspraxen werden ein weiteres Mal zum Erfahrungshintergrund junger Menschen.

Darin spiegelt sich ein Prozess der Normalisierung. Rassistische und menschenverachtende Einstellungen gehören in Teilen der Bevölkerung zum Alltag. Allzu selten wird dies als Problem wahrgenommen. Rechte Haltungen sind nur dort Gegenstand der Auseinandersetzung, wo exemplarische Ereignisse – wie eine Gewalttat, eine massive Diskriminierung oder eine symbolische Machtinszenierung rechter Alltagswelten – Schlaglichter auf das Ausmaß dieser Normalisierung werfen.

Dennoch hat sich seit den 1990er Jahren die Wahrnehmung dessen, was als Normalität akzeptiert oder als Skandal sanktioniert wird, verändert. Ereignisse, die eindeutig mit der Zeit oder Symbolik des Nationalsozialismus assoziiert sind, unterliegen inzwischen einer hohen gesellschaftlichen Sensibilität. Wo aber gleiche oder ähnliche Inhalte in der Form »berechtigter Interessen von Bürger_innen« ausgegeben oder beglaubigt werden, finden sie oftmals Akzeptanz.

Das Ausmaß der Normalisierung rechter Lebenswelten lässt sich nicht an Wahlergebnissen oder den Mitgliedschaften in neonazistischen Parteien messen. Jene, die als Jugendliche im Umfeld der Gewaltexzesse gegen Migrant_innen zu Beginn der 1990er Jahre sozialisiert wurden, haben nicht automatisch den geraden Weg zum_zur NPD-Wähler_in oder zum Kader der extremen Rechten genommen. Messbar ist der Normalisierungsprozess aber in der Zunahme utilitaristischer und rassistischer Auffassungen gegenüber Minderheiten. Die biographischen Prägungen und Einstellungen einer rechten »Generation Hoyerswerda« sind heute eine Teilmenge jener, die in den sozialwissenschaftlichen Untersuchungen der zurückliegenden Jahre ihre Zustimmung zu autoritären und antidemokratischen Krisenlösungsmustern bekundeten. Sichtbar wird die Normalität rechter Einstellungen etwa dort, wo lokale Ereignisse oder mediale Diskurse entsprechende Ressentiments mobilisieren.

Die rassistischen Gewaltexzesse der Zeit nach der Wiedervereinigung wirken bis heute fort

Die rassistischen Gewaltexzesse der unmittelbaren Zeit nach der Wiedervereinigung wirken bis heute fort. Die Erfahrung etwa, dass es möglich war, die Unterbringung von Asylbewerber_innen zumindest zeitweise zu verhindern oder rückgängig zu machen, speist die heutigen Proteste gegen die Ansiedlung von Geflüchteten. Die weitgehende gesellschaftliche Tabuisierung offener rassistischer Gewalt seit Mitte der 1990er Jahre hat aber zur Formierung eines »bürgerschaftlich-engagierten« Rassismus geführt, der mit positiver Resonanz in Teilen der Bevölkerung rechnen kann.

Die Normalisierung rechter Einstellungen ist aber auch das Echo auf gesamtgesellschaftliche Entsolidarisierungsprozesse, in denen neoliberale Nützlichkeitslogiken mit Ressentiments und rechten Feindbildkonstruktionen korrespondieren. Die Diskussionen über die Exklusion gesellschaftlicher Gruppen sind nicht mehr nur sozial, sondern zunehmend ethnisch und kulturell bestimmt. Diese Ethnisierung sozialer Widersprüche wertet rassistische Zuschreibungen geradezu auf.

DAVID BEGRICH

PERSPEKTIV-WECHSEL

Betroffene rechter und
rassistischer Gewalt berichten

»Du weißt schon, wie in Rostock …«

2013 veröffentlichten wir den Film »›Du weißt schon, wie in Rostock …‹ – Ein Beitrag gegen das Vergessen rechter und rassistischer Gewalt im Sachsen-Anhalt der 1990er Jahre«. Der 23minütige Film entstand in Zusammenarbeit mit der Filmemacherin Kathrin Lemcke. Wir haben Interviews mit Menschen geführt, die die Zeit vor und nach der Wende als gesellschaftliche Außenseiter_innen miterlebt haben. Ihre Perspektiven und Lebensbedingungen waren sehr unterschiedlich: Xavier kam 1988 als sogenannter Vertragsarbeiter aus Mosambik in die DDR. Elham begleitete ihren Mann, der in der DDR eine Ausbildung zum Facharzt absolvierte. Nach einem Regimewechsel im Sudan wurde die Rückkehr jedoch unmöglich und das Paar wurde zu politisch verfolgten Flüchtlingen. Ardeshir wiederum flüchtete 1990 aus dem Iran. Oliver wuchs als linker Jugendlicher in einer Kleinstadt auf. Sie alle haben Erfahrungen mit rechter Gewalt gemacht, die z. T. sehr prägend waren. Hierzu gehören nicht nur alltägliche Ausgrenzungserfahrungen, sondern auch schwere körperliche Angriffe, die nur durch Glück nicht tödlich endeten.

Die Schicksale der vier Protagonist_innen sind eng verbunden mit den historischen Entwicklungen 1989/90 und in den folgenden Jahren. Im Gespräch mit diesen Zeitzeug_innen fällt auf, dass ihre Erinnerung an die Ereignisse der »Friedlichen Revolution« und an die deutsche Einheit nicht Teil der verbreiteten »Wendeerzählung« ist. Auswirkungen auf und

vorherige Doppelseite
S-Bahn-Unterführung Silberhöhe, Halle (Saale), Filmstill aus »Du weißt schon, wie in Rostock …«

oben
Filmstill aus »Du weißt schon, wie in Rostock …«

Perspektiven von migrantischen Communities in der damaligen DDR und nach dem 3. Oktober 1990 spielen kaum eine Rolle. Ihre Ausgrenzungserfahrungen und das spürbare Wachsen einer feindlichen Stimmung gegen sie, gehören zur Geschichte dazu und müssen erinnert werden.

Der Umgang mit »Vertragsarbeiter_innen« in der DDR sowohl durch den Staatsapparat als auch z. T. durch die Bevölkerung zeigt hierbei auch die Kontinuität rassistischer Einstellungen in der DDR-Gesellschaft vor 1989. Aus Mangel an Arbeitskräften warb die DDR sogenannte Vertragsarbeiter_innen aus sozialistischen Bruderländern wie beispielsweise aus Vietnam, Mosambik, Angola und Kuba an. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen waren für viele der Arbeiter_innen in der DDR hart und weit unter dem DDR-Standard. Ein Beispiel: Wurde eine »Vertragsarbeiterin« schwanger, hatte sie zwei Optionen: Abtreibung oder Ausweisung. Die Intention war klar: Man wollte zwar günstige Arbeitskräfte, nicht jedoch eine Migrationsbewegung in die DDR.

Die Lage verschlechterte sich massiv nach dem Fall der Mauer. Bis zum Mai 1990 waren etwa 60% der in der DDR lebenden »Vertragsarbeiter_innen« von Kündigungen betroffen. Für die Menschen gab es dann drei Möglichkeiten: Abschiebung in das Herkunftsland, die relativ aussichtslose Beantragung politischen Asyls oder die Illegalität. Die ehemaligen »Vertragsarbeiter_innen« galten als »Ballast«. Die Mehrheit der Migrant_innen, die in die DDR gekommen waren, wurde ausgewiesen, weshalb sich die Position derer, die blieben, noch weiter marginalisierte. Hinzu kam eine ständige Bedrohung durch rechte und rassistische Gewalt. Diese Ausgrenzung betraf nicht nur die in den 1980er Jahren in die DDR gekommenen Arbeiter_innen und Student_innen sondern auch die bald hinzugekommenen Flüchtlinge.

Die beschriebenen Aspekte sind Teil der Erfahrungen der Protagonist_innen des Films. Während wir im Film nur kurze Ausschnitte der Interviews verwenden konnten, sind im Folgenden längere Passagen dokumentiert. Die Gespräche haben wir einzeln geführt. Für den besseren Lesefluss sind die Antworten neu zusammen gestellt und redaktionell bearbeitet.

Die Interviews zum Film

Der Weg nach Sachsen-Anhalt?

ARDESHIR

Das war Dezember ’90, als ich nach Deutschland kam. Aus politischem Grund hatte ich Schwierigkeiten mit der islamischen Regierung im Iran. Als diese Revolution kam war ich etwa 18. Etwa elf Jahre hab ich gewartet aber von Tag zu Tag ist es schlimmer geworden und ich hatte Schwierigkeiten mit der Regierung, mit der Polizei. Und gegen das Regime haben wir was getan und ich musste das Land verlassen. Dann war ich in Berlin, Schönefeld. Da habe ich nach dem Bahnhof gefragt. Damals wusste ich nicht, warum mich keiner verstehen konnte. Später hab ich mitgekriegt, dass die zweite Sprache hier Russisch und nicht Englisch war.

Alles was anders war, war schon Angriffsziel

ELHAM

Mein Mann kam 1989, genau vor der Wende und hat hier ein Jahr alleine gelebt. Er hat als Stipendiat eine Weiterbildung zum Facharzt gemacht. Ein Jahr später sind wir hierher, nach Magdeburg, nachgekommen. Wir haben ihn begleitet, denn er hatte ein Visum. Das war im Mai 1990.

Das Leben in Zeiten des Umbruchs

XAVIER

Ich habe im Wohnheim gelebt. Also 1988 bis 1991 habe ich im Wohnheim gelebt. Seit 1992 war ich nicht mehr im Wohnheim.

OLIVER

Kurz nach der Wende hat sich eine kleine Punker-‚Grufti-, Gothic-Szene entwickelt, die in Zerbst sehr marginal war, die sich an verschiedenen Treffpunkten versammelt hat und den Nachmittag verbracht hat. Im Durchschnitt waren wir 15 Jahre alt. Und damals fing das schon an, dass andere, ältere Jugendliche, so um die 20, aus Zerbst, das doof fanden, wie wir rumrannten, wie wir uns gekleidet haben und dann fing eigentlich auch die körperliche Auseinandersetzung bald an. Das war normal, wenn man nicht das gemacht hat, was der normale Zerbster Jugendliche gemacht hat: Schule, Arbeit, danach irgendwo stehen und Saufen und alles blöd finden; Ausländer blöd finden. Alles was anders war, war schon Angriffsziel. Da es in Zerbst in der Zeit keine Hip-Hopper oder Skater gab, waren wir als Gruppe das bevorzugte Angriffsziel. Über diese Auseinandersetzung haben wir uns schon mehr und mehr politisiert

ARDESHIR

Dieser ganze Weg von Iran nach Deutschland war sehr schwer, vor allem vom Iran in die Türkei. Mein Kind war damals zwei Jahre alt. Mit einem kleinen Kind hätte das auch nicht funktioniert. Deshalb war ich fast drei Jahre allein. Als ich wusste wo die Post ist, habe ich wöchentlich ein bis zwei Briefe geschrieben. Telefon war damals sehr teuer, etwa vier Mark pro Minute. In Halle konnte man kein Telefon finden, um ins Ausland zu telefonieren. Im Bahnhof Leipzig gab es internationale Telefonzellen. Deshalb bin ich fast wöchentlich nach Leipzig gefahren und habe dort telefoniert.

Das Leben als Flüchtling in Sachsen-Anhalt

ARDESHIR

Als ich in die Grenobler Straße (Anm. d. Red: ehemalige Unterkunft für Asylbewerber_innen in Halle-Südstadt) kam, war alles neu und ich denke da waren etwa 80, 90 Ausländer. Also in diesen drei Häusern, die es jetzt nicht mehr gibt. Und das war eine ziemlich schwierige Zeit, weil ich immer allein war. An meine Frau und mein Kind hab ich gedacht.

Dort habe ich eine Wohnung gehabt: Eine Ein-Raum-Wohnung mit vier anderen Männern. Aus Iran war ich, zwei aus Ägypten, einer aus Togo und einer aus Somalia. Unsere Wohnung war einfach ganz schlimm. Wir hatten ein Zimmer, nein zwei Zimmer, ein Schlafzimmer und ein ziemlich großes Wohnzimmer. Ich denke das Schlafzimmer war vielleicht 9 oder 10 qm und unsere Betten vermutlich aus einer russischen Kaserne. Auf der einen Seite waren drei Stück übereinander und auf der anderen Seite waren es zwei Stück. Eines Tages habe ich vorgeschlagen wir nehmen diese Betten und stellen sie einzeln im Wohnzimmer auf. Auseinander, also dass jeder ziemlich ruhig schlafen kann. Aber in der ganzen Zeit sind wir mit der Essenzubereitung und solchen Dingen nie zurecht gekommen.

Ich hab auch überlegt, wenn ich in eine andere Stadt gehe, ist es vielleicht besser. Aber damals – ich denke heute ist es auch so – durfte man sich nur maximal 10 km vom Wohnort entfernen, nicht mehr. Es ist eine riesige Bürokratie. Einfach die Stadt wechseln, funktioniert nicht. Außerdem hab ich gedacht, es ist auf jeden Fall besser als im Iran. Man darf nicht so denken, wenn ich wo anders hinfahre, nach Köln, Düsseldorf, Kassel, irgendwo ist es besser. Heim ist Heim und ausländisch ist auch ausländisch. Das ändert sich nicht.

ELHAM

Wir hatten eine Einzimmerwohnung oder wie sagt man: Appartement. Und in diesem Zimmer haben wir gelebt, also ich und mein Mann und drei Kinder. Wir haben dieses Zimmer in zwei Teile geteilt. Ich und mein Mann haben in einem Teil geschlafen und meine Kinder im Hochbett und auf der Couch. Nach einigen Monaten haben wir gegenüber ein weiteres Zimmer gemietet und als Wohnzimmer benutzt. So haben wir bis 1991 gelebt. Wir waren in diesem Gebäude die einzigen Nicht-Deutschen. Am Anfang haben die Leute ordentlicher gelebt. Die waren freundlicher. Wir hatten einige Nachbarn, die waren sehr lieb, waren für uns wie eine Familie. Die haben uns viel geholfen. Unser Nachbar war der Hausmeister und war für uns ein Freund und hat uns viel geholfen.

Aber wir merkten, wie sich die Leute langsam verändern. Plötzlich hatten viele keine Arbeit mehr. Mehr Leute wurden

Alkoholiker. Viele alte Möbel lagen überall. Keine Ordnung mehr.

Mein Mann hat nur das Stipendium bekommen und dazu auch Hilfe von unserer Regierung. Aber dann gab es die Militärregierung und die hat alles gestoppt. Deshalb haben wir danach nur mit dem Geld vom Stipendium gelebt. Mein Mann hat im Städtischen Klinikum gearbeitet. Mehrere Jahre haben wir so gelebt – mit Stipendium und Spätschicht. Inzwischen hatte sich bei uns in unserer Heimat viel geändert. Es gab einen Militärputsch mit islamistischen Hintergründen. Deshalb konnten wir nicht zurück. Wir sind politisch gegen diese Regierung. Deshalb hatten wir 1996 Asyl beantragt. Und das wurde – Gott-sei-Dank – anerkannt. 2004 haben wir die Staatsangehörigkeit beantragt und – Gott-sei-Dank – auch bekommen. Wir sind jetzt also deutsche Bürger geworden.

Angriffe von Nazis und Rassisten

Xavier

Es gab Propaganda und so. Ich war noch im Wohnheim in Ammendorf. Da gab's Propaganda: »Ausländer raus! Ausländer raus!« Du weißt schon, wie in Rostock. Was da passiert ist! Dort haben die plötzlich den Wohnblock angezündet und so. Es wurde vielfach geplant in unserem Wohnheim zu randalieren. Die Betreuer haben uns gesagt, es kann sein, dass Nazis kommen. Das ganze Wohnheim war voll mit Polizei und Zivilschutz. Und dann, was gab es noch alles! Sagen wir so: Bei uns in Halle war es ein bisschen besser als in anderen Städten. Dessau, Dresden, Leipzig, da war manchmal Chaos. Aber Halle ging ja noch. Aber diese Verbreitung von Nazipropaganda. Das ging weiter, immer weiter.

Ardeshir

1992, Ende Sommer, Anfang Herbst gab es ein kleines Problem. Da waren ein paar Jugendliche. Ich hab gehört es waren Jugendliche, denn es war abends und dunkel und wir haben die nicht gesehen. Sie haben ein paar Steine in die Fenster geworfen und kaputt geschlagen. Wir wussten nicht, was sollen wir tun. Damals gab es kein Handy oder Telefonzellen in der Nähe. Ich wusste von Rechtsradikalen oder so gar nichts. Ich hab gedacht, das war in der Hitlerzeit und im 2. Weltkrieg und ist alles vorbei.

An einem Samstag, gegen zwölf, dreizehn Uhr, war ich einkaufen in Silberhöhe. Ich wollte zur Grenobler Straße laufen mit meinem Freund aus Somalia. Dort ist ja ein Tunnel und oben fährt die S-Bahn. Man sieht nicht die Köpfe, sondern nur die Beine. Ich habe fünf oder sechs Männer gesehen, alle mit Stiefel. Wir sind beide ziemlich schnell zurückgelaufen bis zur Straßenbahnhaltestelle. Die Straßenbahn war nicht sofort da. Mein Freund war etwas dunkler als ich. Die Leute haben das mitgekriegt. Zum Glück kam eine Straßenbahn und wir sind eingestiegen. Und alle haben sich gefreut. Sie haben mitgekriegt, dass wir Angst hatten und aus diesem Grund in die Straßenbahn eingestiegen sind.

In den folgenden zwei Monaten wurde das Haus in jeder zweiten bis dritten Nacht angegriffen

Oliver

Irgendwann im August 1990 haben wir die Ketschauer Mühle besetzt. In den folgenden zwei Monaten ist das Haus in jeder zweiten bis dritten Nacht angegriffen worden. Von Faschos, wie wir sie damals nannten. Das fing an mit zwei bis drei Leuten die pöbeln oder Steine werfen. Nicht selten kamen zehn bis vierzig Leute so dass es richtig zu Angriffen kam. Die haben auch versucht, in das Haus reinzukommen. In acht Wochen hat es siebenmal so gebrannt, dass die Feuerwehr kommen und löschen musste. Nicht jedes Mal ist die Feuerwehr gekommen. Oft haben wir die Brände selber gelöscht.

1998 wurde Xavier in Halle-Neustadt angegriffen und schwer verletzt. Die Tat sorgte kurzzeitig für öffentliches Interesse. Bis heute hat Xavier allerdings mit den Folgen zu kämpfen.

Xavier

Ich weiß nur, dass ich überfallen wurde, von 13 Leuten angeblich. Und dann hat die Polizei gefragt ob ich die mit Phantombildern beschreiben kann. Diese Geschichte nervt mich.

Ich sitze in der Bahn. Ich fahre nach Hause. Ich werde verprügelt. Nur weil ich schwarz bin. Was bedeutet das für sie? Das ist genau die Frage, die ich habe: »Warum ich?« Jemand sollte das mal erklären. Und was zweitens nervt ist, dass man immer den Kopf hoch halten muss. Man kann nicht explodieren wie eine Bombe. Das nervt.

Als die Leute (Angreifer, Anm. d. Red.) kamen, bin ich zu meiner Wohnung gelaufen. Also wo viele Menschen wohnen. Als ich aus der Bahn gestiegen bin, haben die mich an der Haltestelle getroffen und angefangen zu beleidigen. Ich bin raus gelaufen, Richtung nach Hause. Und dann hab ich um Hilfe gebeten. Das ist möglich in der Gesellschaft, um Hilfe zu bitten?! Ich lief zum Eingang vom Block. Da waren viele Menschen. »Bitte helft mir, die wollen mich verprügeln.« Aber die haben nochmal zugehauen! Was bedeutet sowas für sie?

Auch auf Elham und ihre Familie wurde ein lebensgefährlicher Angriff verübt.

Elham

Ende 1990 hatten wir gegenüber von uns ein anderes Zimmer gemietet und als Wohnzimmer benutzt. Meine beiden kleinen Kinder haben dann in einem Zimmer und ich, mein Mann und mein älterer Sohn in einem anderen Zimmer geschlafen. Eines Abends haben wir plötzlich einen Schrei gehört: »Hilfe!« oder »Feuer!«. Wir sind raus gegangen und

haben gesehen, wie die Leute rennen. Da war ein großes Feuer und es kam von dem Clubraum neben unserem Zimmer. In diesem Clubraum lagen viele alte Möbel. Wir haben das Zimmer mit unseren Kindern geöffnet und das war voll mit Rauch und an der Wand war alles verbrannt. Die Polizei hat uns schnell aus dem Gebäude rausgebracht. Am Anfang haben wir nicht gedacht, dass das mit Absicht gegen uns gerichtet war. Aber als wir draußen waren, standen die Leute alle auf der Straße und wir haben von ihnen gehört, dass das Feuer gegen uns gerichtet war, als Ausländer. Aus Ausländerfeindlichkeit. Und zwei junge Leute, Mann und Frau, haben unsere Kinder mit in ein anderes Gebäude genommen und ihnen Abendessen gegeben und sie beruhigt. Und sie haben auch erzählt, dass dieses Feuer gegen uns gerichtet war.

Oliver und seine Freund_innen mussten ständig die Auseinandersetzung mit Nazis führen. Der schwerwiegendste Angriff erfolgte ausgerechnet am Vorabend des »Tages der Deutschen Einheit« 1990.

Oliver

Es war sehr absehbar, dass es am Einheitstag, am 3. 10. hier auch knallen wird. Das hatte sich in Zerbst rumgesprochen. Die Polizei ließ am 2. 10. in der Zeitung verlautbaren, dass sie sich »außerstande sieht in den zu erwartenden Auseinandersetzungen zwischen rechts- und linksgerichteten Jugendlichen an der Ketschauer Mühle, einzugreifen«. Somit war für jeden klar, dass es hier des Abends krachen wird und dass eigentlich nichts (von Seiten der Behörden aus – Anm. d. Red.) passiert. Dass man herzlich eingeladen ist mit ein bisschen Erlebnisdurst hier her zu kommen und Menschen abzufackeln.

Es waren heftige Auseinandersetzungen bis irgendwann das Haus brannte. So dass wir nicht mehr aus dem Haus rauskamen, aufs Dach gegangen sind und auf dem Giebel saßen. Irgendwann wurde die Feuerwehr informiert und die rückte dann an. Zu der Zeit war es so, dass Zerbst ein Luftkissen hatte, was für eine Höhe von 5 m zugelassen war und wir auf dem Giebel in 18 m Höhe standen. Und dann sind wir aus 18 m Höhe auf dieses Sprungkissen draufgesprungen, sind danach wieder in die Höhe geschleudert worden und danach irgendwo außerhalb aufgekommen. Es gab mehrere Schwerverletzte. Die 300 Faschos waren dann natürlich nicht mehr da. Und dann war 3. Oktober und dann waren »wir« vereint.

Die Folgen der Attacken: Angst und Hilflosigkeit

Oliver

1992 gab es dann das Gerichtsverfahren. Ich hab das damals so erlebt, dass wir zu dem Gerichtsverfahren hingegangen sind, draußen die Faschos standen mit ihren Freunden, sich gefeiert haben, wir da durchlaufen durften, in das Gerichtsgebäude reingegangen sind, der Richter das Verfahren eingestellt hat und wir wieder nach Hause gegangen sind. Das war's, was an rechtlichen Konsequenzen geschehen ist. Ich selber hab mich damals nicht wirklich mit so 'nem Gebiet wie Anzeigen und sowas auseinander gesetzt. Warum unsere Eltern das nicht getan haben … Ich denke, dass da sowieso damals die allgemeine Unsicherheit war. Ob sowas Aussicht auf Erfolg hat, ob man in so ner Kleinstadt dann nicht noch weiter angegangen wird, wenn man da weiter rumpult.

Meiner Erinnerung nach hat sich im Nachhinein, also vom Oktober 1990 bis zum Gerichtsverfahren, niemand von städtischer Seite oder vom Land oder irgendwer mit uns in Verbindung gesetzt, um da den Prozess vorzubereiten oder uns irgendwie zur Seite zu stehen. Nach meiner Meinung gab's da nichts. Ich weiß nicht, warum es da keine Hilfe gab. Vielleicht gab's das damals nicht? Wir selber haben auch gar nicht danach gesucht. Für mich war das einfach nicht präsent, dass das ein Weg der Auseinandersetzung sein könnte. Dass es natürlich Sinn macht, solche Leute, die solche Taten vollbringen, auch anzuzeigen. Das Bewusstsein hatte ich damals nicht.

Xavier

Der Prozess ist fast zwei Jahre gelaufen. Viele der Täter haben Bewährung bekommen. Das Gericht hat festgestellt, die müssen Schmerzensgeld zahlen. Ein paar haben schon mal ein bisschen Schmerzensgeld gezahlt. Viel mehr ist nicht passiert. Seit Urzeiten bis jetzt … nichts. Ich war 33. Ich hatte Kinder. Die (Täter, Anm. d. Red.) haben alles versaut. Und meine Kinder mussten mit meinen Schwierigkeiten erzogen werden. Die Frage, wie man jemanden grundlos hassen kann, kann niemand beantworten. Die haben mein Leben kaputt gemacht, als ich noch jung war. Das ist wie halb tot sein.

Ich habe Briefe aus der ganzen Bundesrepublik: Kondolenz, »Tut mir leid.« Stell dir das vor, wenn du krank bist. Diese Kondolenz bedeutet, das ist auch ein Teil der Gesellschaft. Die sind nicht auf der Seite der Rassisten. Als ich in Kröllwitz, in der Augenklinik war, war mein Zimmer total voll mit Blumen und Briefen. Nachdem ich wieder ein bisschen sehen konnte, habe ich gesehen: »Gute Besserung!« Da hat man gemerkt, dass das auch ein Teil der Gesellschaft ist. Da war viel Mitleid. Aber nur für kurze Zeit. Als es in der Presse vorbei war, war alles vergessen.

Die Frage, wie man jemanden grundlos hassen kann, kann niemand beantworten

Elham

Wir hatten natürlich vorher viel von solchen Angriffen gehört, aber das waren alles Geschichten und Erzählungen. Aber als wir das selber erlebten, hatten wir mehr Angst. Und wir haben überlegt, woanders zu wohnen, denn dieses Gebäude ist einigermaßen offen. Jeder kann kommen und jeder kann gehen, ohne, dass man es merkt. Aber wenn man in einer Wohnung wohnt, gibt das mehr Sicherheit. Deshalb haben wir versucht, eine Wohnung zu bekommen und es war sehr schwer, als Ausländer eine Wohnung zu bekommen. Wir haben viele Wohnungen besichtigt, aber die Vermieter oder die Nachbarn wollten uns nicht. Oder die Wohnungen

wurden an Andere vergeben. Das ging nicht sehr lang, aber es war auch nicht einfach, bis wir eine Wohnung gefunden hatten.

Angst um die Kinder

Elham

Am Anfang hatten wir nicht so große Angst um unsere Kinder, dass die raus gehen oder so, aber nach diesem Unglück, als der junge Mann, der Linker war (Anm. d. Red: Frank Böttcher wurde 1997 von Nazis getötet.), getötet wurde – ich denke das war in Olvenstedt – begann bei uns eine große Angst um unsere Kinder. Er war zwar Deutscher, aber weil er gegen Nazis war, fand er solch ein Ende. Und wir haben auch viel von Bekannten und Freunden – die Deutsche sind – gehört, dass die jetzt Angst haben spät rauszugehen. Und wir haben überlegt, wenn die Deutschen sowas sagen, ist es für uns noch schlimmer. Und deshalb haben wir viel mit unseren Kindern geredet, dass die nicht alleine raus gehen und nicht zu spät kommen. Also wir haben mehr Angst gehabt als früher.

Besonders mein jüngster Sohn hat sehr viele Freunde und er fühlt sich wie ein normales deutsches Kind und geht mit raus und so. Aber man merkt, dass er nicht

Wenn die Deutschen schon Angst haben rauszugehen, ist es für uns noch schlimmer

Wir waren nicht mehr »Kollegen«, wir waren die »Bimbos«

gleich behandelt wird. Entweder von Verkäufern in Geschäften oder von der Polizei und von Behörden. Dieses Misstrauen ist immer da. Obwohl er fließend deutsch spricht und hier geboren ist.

Ein Rückblick auf damals

Xavier

Also in den 1980er bis 1990er Jahren … Diese Zeit war ein bisschen anders. Das kann man so sagen. Wir, die schon in den 1980er Jahren da waren, haben den Unterschied an den Menschen gesehen. Von 1990 bis 2000 ist viel eskaliert in der ganzen Bundesrepublik. Gegenüber der DDR hatte sich die Situation verändert. Die weißen Kollegen waren nicht mehr so nett wie früher. Wir waren nicht mehr »Kollegen«, wir waren die »Bimbos«.

Ich vermute, die Nazis hatten die Propaganda schon »in der Schublade«. In den 1980er Jahren durfte das aber nicht rauskommen, denk ich. Die zwei Jahre, also eineinhalb Jahre, die ich in der DDR gelebt habe, da gab's sowas nicht. Und 1990 als die Demokratie in den Osten kam, da zogen sie gleich diese Nazipropaganda aus der Schublade. Da haben sie angefangen: »Ausländer raus!«.

Elham

Ich persönlich hab nicht viel erlebt vor der Wende. Aber als wir hier her kamen war es nicht so klar, dass die Wende kommt. Die Leute hatten nicht das Gefühl, dass die DDR vorbei ist. Deshalb waren die vorsichtiger, diese rassistischen Gefühle zu zeigen. Und später hatten sie mehr Mut, das zu zeigen. Aber meiner Meinung nach waren die schon dagewesen. Wir haben natürlich keine sehr klaren Angriffe vor 1991 erlebt, aber man merkt das. Im Geschäft, die Blicke oder das Misstrauen.

Oliver

Ich glaub nicht, dass 10 – 15 Jahre vorher dieselben 300 Leute sich zu 'nem Mob zusammen gefunden hätten und Andersartige so bedrängt hätten. Das war auch eine Reaktion auf die Wendeereignisse. Es gab nichts mehr, an dem man sich orientieren konnte. Gab's nicht. Gab's für uns auch nicht wirklich.

Ich würde schon sagen, dass dieser aufkommende Nationalismus auch hier zu spüren war. Aufkommender Nationalismus trifft's glaub ich nicht so ganz, weil der auch vorher schon vorhanden war. Auch zu DDR-Zeiten war ja sowas nicht verschwunden. Die Leute haben nicht so den Mut gehabt, bestimmte Sachen zu artikulieren, zumindest öffentlich. Und als dann die Wende kam, gepaart mit dieser generellen Unsicherheit, schäumte jeder Scheiß über. Dann konnte man endlich »Sieg Heil« brüllen, ohne dass man dafür in den Knast gekommen ist. Der Polizist hat lieber weggeguckt und wenn's dann doch zur Anzeige kam, hat der Richter sich wahrscheinlich gesagt: »Keine Ahnung, ob das jetzt förderlich für mich ist, ich sag mal lieber nichts dazu.«

Wo ich mir nicht wirklich sicher bin ist, ob es so ein gefestigtes nationalsozialistisches Weltbild der 300 Leute gab. Da würde ich sagen: Definitiv nicht! Da gab's mit Sicherheit ein paar, die sich mit sowas beschäftigt haben und deswegen auch hier her kamen. Aber der Großteil dieses Mobs, der war glaub ich getrieben von diesem Ding der Ausgrenzung und diesem Erlebnisdurst. Und ich will das auch gar nicht bagatellisieren, dass das alles nur Ergebnis dieses Erlebnisdurstes ist, den hätte man wahrscheinlich auch anders stillen können. Das war aber ein gewisser Anteil.

Ardeshir

Wenn ich momentan an die Vergangenheit also 1990/91 zurückblicke, dann kann ich das nicht richtig beschreiben. Ich denke ganz wenig an Vergangenheit. Also, das ist nicht meine Art, an Vergangenheit denken. Das war ein Erlebnis. Das war ein … nur ein Erlebnis.

Rechte Gewalt in Sachsen-Anhalt zu Beginn der 1990er Jahre

EINE AUSWAHL

rechts
Filmstill aus »Du weißt schon, wie in Rostock …«

Die Chronik soll einen kurzen Eindruck der massiven Gewalt vermitteln, die zu Beginn der 1990er Jahre in Sachsen-Anhalt zum Alltag gehörte. Alle Vorfälle sind dokumentiert durch Presseberichte, parlamentarische Anfragen, Zeugenaussagen, Verfassungsschutzberichte und in diversen weiteren Publikationen. Längst sind nicht alle bekannten Vorfälle aufgelistet. Stattdessen soll die Auswahl deutlich machen, dass die Gewalt flächendeckend verbreitet war.

02.03.91	Dessau	Brandanschlag auf Aussiedlerheim
20.04.91	Blumenberg	Ein Rumäne wird von Skinheads aus einem fahrenden Zug geworfen
August 91	Halberstadt	Mehrere Angriffe auf Treffpunkt linker Jugendlicher
17./18.08.91	Aschersleben	Brandanschlag auf Flüchtlingsheim
18.09.91	Deuben	Angriff auf Flüchtlingsheim
27./28.09.91	Wallendorf	Brandanschlag auf Flüchtlingsheim
04./05.10.91	Profen	Überfall auf Flüchtlingsheim
04. & 05.10.91	Magdeburg	Mehrfache Angriffe auf Flüchtlingsheim
11./12.10.91	Tangerhütte	Angriff auf Flüchtlingsheim
23./24.10.91	Schafstedt	Angriff auf Flüchtlingsheim
24.10.91	Eisleben	Angriff auf Flüchtlingsheim
04.10.91	Gatersleben	Überfall auf Flüchtlingswohnung
10.10.91	Naumburg	Brandanschlag auf Flüchtlingsheim
02.11.91	Neugattersleben	Angriff auf Flüchtlingsheim
26.12.91	Burgscheidungen	Brandanschlag auf Flüchtlingswohnung
02./03.01.92	Nebra	Brandanschlag auf Flüchtlingswohnung
19./20.04.92	Beetzendorf	Angriff auf Flüchtlingsheim
09.05.92	Magdeburg	Bei einem Überfall auf eine Feier von alternativen Jugendlichen erleidet der Punk Torsten Lamprecht lebensgefährliche Verletzungen und stirbt zwei Tage später.
23.05.92	Weißenfels	Überfall auf eine vietnamesische Familie in ihrer Wohnung
27./28.05.92	Jävenitz	Angriff auf Flüchtlingsheim
18.07.92	Bitterfeld	Angriff auf Flüchtlingsheim
23./24.07.92	Oebisfelde	Angriff auf Flüchtlingsheim
08./09.08.92	Pretzsch	Überfall auf Flüchtlingsheim

»18./19.11.93« heißt: »In der Nacht vom 18. auf den 19. November 1993.«

18.08.92	Köckte bei Tangermünde	Überfall auf Flüchtlingsheim
26./27.08.92	Schwanefeld	Angriff auf Flüchtlingsheim
27./28.08.92	Stendal	Erstürmung eines Flüchtlingsheims durch 40 Jugendliche kann von Linken und Polizei verhindert werden
29./30.08.92	Salzwedel	Angriff auf linken Jugendtreff
02.09.92	Oschersleben	Brandanschlag auf Flüchtlingsheim
05.09.92	Wansleben	Angriff auf Flüchtlingsheim
06.& 07.09.92	Halle (Saale)	Brandanschläge auf Wohnungen von vietnamesischen Familien
07.–13.09.92	Quedlinburg	Tagelang belagern bis zu 500 Menschen das Flüchtlingsheim und greifen es mit Steinen und Brandflaschen an. Eine Menschenkette versucht die Flüchtlinge zu schützen.
08./09.09.92	Bernburg	Brandanschlag auf Flüchtlingsheim
15.09.92	Mücheln	Angriff auf drei Flüchtlingskinder
19.09.92	Klötze	Brandanschlag auf Flüchtlingsheim
26.09.92	Henningen	Brandanschlag auf Flüchtlingsheim
03.10.92	Höhnstedt	Angriff auf Wohnheim für polnische Arbeiter
17.10.92	Thale	Jugendliche erstürmen Flüchtlingsheim; massive Gewalt gegen die Bewohner_innen
27.10.92	Köthen	Brandanschlag auf ein Wohnheim ausländischer Studierender
30./31.10.92	Hettstedt	Brandanschlag auf Asylbewerberheim
07.11.92	Letzlingen	Angriffe auf Wohnungen von Flüchtlingen
16.–21.1.93	Zielitz	Mehrere Brandanschläge auf Flüchtlingsheim
13.02.93	Wernigerode	Überfall auf Jugendclub
13.02.93	Havelberg	Überfall auf Disco
24.04.93	Obhausen	Bei einem Überfall auf eine von alternativen Jugendlichen frequentierte Disco erleidet Matthias Lüders lebensgefährliche Verletzungen und stirbt zwei Tage später.
19.05.93	Wittenberg	Brandanschlag auf Flüchtlingsheim
11.06.93	Roßlau	Brandanschlag auf türkische Gaststätte
18./19.11.93	Friedersdorf	Brandanschlag auf Flüchtlingsheim
30.12.93	Calbe	Angriff auf Obdachlosenheim
20.01.94	Magdeburg	Angriff auf linken Treffpunkt
05.05.94	Quedlinburg	Der Obdachlose Eberhard Tennstedt wird in einen Fluss getrieben, wo er ertrinkt.
12.05.94	Magdeburg	Mitten am Tag werden Ausländer von einem Mob stundenlang durch die Straßen gejagt und verprügelt.
20.05.94	Köthen	Brandanschlag auf einen Obdachlosen

Die haben mein Leben kaputt gemacht, als ich noch jung war. Das ist wie halb tot sein.

ANSICHTEN

Akteure der Wendezeit
blicken zurück

Offensichtlich gestört hat sich daran niemand

INTERVIEW MIT TORSTEN HAHNEL ZU DEN MONTAGSDEMONSTRATIONEN 1989/90

Zum 25-jährigen Jubiläum der Öffnung der DDR-Grenzen dominiert in der Öffentlichkeit fast ausschließlich die Erzählung der »Friedlichen Revolution«, die vor allem von den sogenannten Montagsdemonstrationen angetrieben wurde. Jedoch waren die Montagsdemonstrationen nicht für alle Teilnehmer_innen eine ausschließlich friedliche Erfahrung. Insbesondere die folgenden Jahre sollten für Angehörige marginalisierter gesellschaftlicher Gruppen zum Teil von erheblicher Gewalt geprägt sein.

Michael Barthel sprach mit Torsten Hahnel von der Arbeitsstelle Rechtsextremismus bei Miteinander e.V. Hahnel war Ende der 1980er Jahre in der Punk-Szene in Halle aktiv und hat die Ereignisse rund um den Fall der Mauer aus einer Perspektive miterlebt, die in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wird.

Wann waren Sie das erste Mal auf einer Montagsdemonstration?

Ich bin mir nicht sicher, wann ich das erste Mal in Leipzig bei einer Montagsdemo war. Es war aber noch relativ zeitig im Sommer oder Herbst 1989. Es gibt Bilder von einer Demonstration während der Leipziger Herbstmesse. Ich denke die war Anfang September. Dort waren schon mehrere hundert Menschen anwesend. Ich erinnere mich, dass bei der ersten Demonstration, bei der ich war, noch deutlich weniger Leute waren. Ich war mehrere Wochen hintereinander montags in Leipzig, so auch am 2. Oktober. An diesem Abend waren schon mehrere tausend Menschen auf der Straße, es kam zu Auseinandersetzungen mit Polizei, Bereitschaftspolizei und »Kampfgruppen«. Als die Demonstration dann beendet war, machte die Polizei in der Innenstadt von Leipzig noch Jagd auf potentielle Teilnehmer_innen. Bei diesem Anlass hab ich zum ersten Mal eine DDR-Polizeieinheit mit Helmen und Schildern in Aktion gesehen.

Wer war damals auf der Straße?

Bei den ersten Demonstrationen, bei denen relativ wenige Menschen waren, war der Anteil an jungen Leuten sehr hoch. Es waren vor allem Punks, aber auch Skater und Menschen aus diversen anderen Subkulturen zu sehen. Eigentlich alles Leute, die das Gefühl hatten, nicht viel verlieren zu können. Zusätzlich gab es noch viele Leute, die Druck machen wollten, um schneller das Land verlassen zu können. Das ist auch gut anhand der damaligen TV-Berichte nachzuvollziehen.

Die große Masse der Leute, die sich später und auch heute noch als die »Helden von Leipzig« feiern lassen, waren zu dieser Zeit aber nicht zu sehen. Natürlich brauchte es eine kritische Masse, um die Demonstrationen zu dem zu machen, was sie historisch sind. Diese Masse war spätestens am 9. Oktober erreicht, als mehrere zehntausend Menschen auf dem Leipziger Ring protestierten, obwohl es tagelange Versuche der Einschüchterung gab und alle, die dort waren damit rechnen mussten, verhaftet, verprügelt oder gar erschossen zu werden. Aber diesen wirklich wichtigen Punkt hätte es nicht geben können, wenn nicht Wochen und Monate vorher einige Wenige den Mut aufgebracht hätten, sich offen gegen das System zu stellen.

Am 9. Oktober ist es ja dann in Leipzig friedlich geblieben, während in anderen Städten, z.B. in Halle, die Demonstrant_innen noch verprügelt und eingesperrt wurden. Ab der folgenden Woche war ich dann regelmäßig bei den Demonstrationen in Halle und nur noch sporadisch in Leipzig anwesend.

Nach der Grenzöffnung am 9. November hatten sich die politischen Rahmenbedingungen radikal geändert. Wie hat sich der Mauerfall Ihrer Meinung nach auf den Charakter der Demonstrationen ausgewirkt?

Natürlich war die Atmosphäre nach dem Mauerfall eine andere. Es waren relativ schnell weniger Menschen, die sich an den Demonstrationen beteiligt haben, und die Stimmung hatte sich rasant hin zu Forderungen wie »Deutschland – Einig Vaterland!« verändert. Rückblickend würde ich sagen, dass spätestens da die Idee von einer freieren, selbstbestimmten Gesellschaft auf dem Gebiet der DDR eine Illusion wurde, da sich ein Großteil der DDR-Bevölkerung nach dem Blick auf die kapitalistische Warenwelt dafür entschied, möglichst schnell dieser Welt angehören zu wollen. Während es vorher, selbst bei den Organisationen, die sich dann begeistert dem Ruf nach »Wiedervereinigung« anschlossen, noch darum ging, die DDR als eigenständigen Staat zu verbessern, ging es später nur noch darum, möglichst schnell und möglichst ungestört durch linke oder andere Kritiker_innen auf einen Anschluss an die Bundesrepublik hinzuarbeiten. Diese ganze Entwicklung lässt sich natürlich nicht nur am Fall der Mauer festmachen, aber die neue Möglichkeit zwischen Ost und West direkt vergleichen zu können, beeinflusste die Menschen sehr stark und ließ der DDR nur noch wenig Zeit.

Besonders deutlich wurde der Wechsel an den skandierten Losungen und den Redebeiträgen bei den Demonstrationen. Während anfangs noch Rede- und sonstige Freiheiten gefordert wurden, wurden diese schon kurz nach ihrer Einführung gleich wieder außer Kraft gesetzt, wenn es z.B. darum ging, Redner_innen, die sich bei den Montagsdemos kritisch gegenüber Helmut Kohl oder auch der »Wiedervereinigung« zeigten, massenhaft niederzubrüllen. Kurz, die Stimmung gegenüber Menschen mit im weitesten Sinne linken Ideen wurde aggressiver und die Forderungen schwenkten deutlich in Richtung Aufgabe der DDR um.

Dass Nazis auf den Montagsdemos 1989/90 mitgelaufen sind, taucht – wenn überhaupt – nur ganz am Rande auf. Wann sind Ihnen denn das erste Mal dort Nazis begegnet, und wie hat sich der Rest der Demonstrierenden zu ihnen verhalten?

Ich denke, dass schon von Beginn an einzelne Nazis an den Demonstrationen teilgenommen haben. Allerdings kann ich

vorherige Doppelseite
Am 10.11.1989 haben sich am Potsdamer Platz auf der Westseite Buerger versammelt und auf die Mauer gesetzt. An dieser Stelle wa r der erste Mauerdurchbruch von Ostberliner Seite.

mich nicht an Forderungen oder Parolen erinnern, die deren Ideologie irgendwie repräsentiert hätten. Das änderte sich aber dann relativ schnell. Ich weiß, dass spätestens nach dem Mauerfall westdeutsche Nazis aller möglichen Organisationen in Leipzig massenhaft Material verteilt haben und dabei natürlich auch Mitglieder geworben haben. Ich war mindestens einmal selbst mit Freund_innen aus Bayern auf einer dieser Demonstrationen in Leipzig. Mir selbst sagten die Personen und Organisationen nicht viel, unsere Freund_innen konnten diese aber der westdeutschen Naziszene von REP bis FAP zuordnen. Offensichtlich gestört hat sich daran niemand. Später gab es ja dann auch Bilder, auf denen die Teilnahme ostdeutscher Neonazis, oft an der Spitze der Demo, sichtbar war. Leipzig war für die West-Nazis sicher sehr wichtig, da dort ja über Monate die größten Demonstrationen stattfanden. Soweit ich weiß, gab es ähnliche Aktivitäten der West-Gruppen sonst eher in den grenznahen Städten wie z.B. Magdeburg. In Halle, wo ich aktiv in die Organisierung der Demonstrationen involviert war, blieben wir von solchen Besucher_innen verschont. Trotzdem hatten wir große Probleme mit dem »Rechtsruck« der Mehrheit der Demonstrant_innen.

Die »Bürgerrechtler_innen« waren völlig sprachlos gegenüber den mörderischen Ereignissen in der »Nachwendezeit«

Warum haben sich Nazis überhaupt für die Montagsdemonstrationen interessiert?

Für die Nazis ist ein Traum in Erfüllung gegangen, den sie selbst schon lange nicht mehr für realisierbar hielten. Die Teilung Deutschlands als Folge der Verbrechen im Nationalsozialismus war für alle von rechts-konservativ bis neonazistisch Eingestellten eine tiefe Wunde. Natürlich hatten sich die Nazis im Westen genauso mit den Gegebenheiten arrangiert, wie die Mehrheit der Menschen im Osten, aber wenn es ein Ziel gab, das die »deutsche Rechte« gemeinsam hatte, dann die Revision der deutschen Teilung. Den Nazis war also sehr schnell klar, dass das, was da im Osten passiert, eine einmalige Chance ist, die sie so gut wie möglich nutzen sollten.

Weshalb konnten sie so ungestört agieren?

Anknüpfungspunkte gab es durch zahlreiche ehemalige Ost-Nazis, die im Zuge des Freikaufs von DDR-Häftlingen in die BRD kamen und dort schnell Anschluss an diverse rechte Organisationen fanden. Viele von ihnen sind schon Ende 1989 entweder ganz oder teilweise in ihre ehemaligen Heimatorte zur ückgegangen und haben dort Nazistrukturen mit tatkräftiger Hilfe aus dem Westen aufgebaut. Diese Kader hatten den Vorteil, dass sie den Osten kannten, gleichzeitig aber die Strategien aus dem Westen verinnerlicht hatten. Sie waren so für die rechten Organisationen aus dem Westen wahre Türöffner.

Weitere Anknüpfungspunkte gab es natürlich auch durch die rassistische und nationalistische Stimmung innerhalb der Bevölkerung. Diese war geprägt von Aggressivität und Antikommunismus, da man ja angeblich »40 Jahre nur belogen und betrogen« worden war. Diese Stimmung wurde durch Politiker_innen aus Ost und West noch massiv angeheizt. Das Ganze hatte zwar wenig mit der Lebenswirklichkeit der übergroßen Mehrheit der DDR-Bevölkerung zu tun, lenkte aber wunderbar von der individuellen Beteiligung und Schuld am Versagen des »DDR-Sozialismus« ab. Diese Stimmung konnten sich Neonazis sehr schnell zu Nutze machen. Kurze Zeit später führte das zu den bekannten pogromartigen Zuständen in Hoyerswerda, Rostock und vielen anderen Orten.

Wenn Sie heute zurückdenken an diese Zeit und mit der Rezeption der »Friedlichen Revolution« in der Öffentlichkeit vergleichen, was geht Ihnen dann durch den Kopf?

Ich halte die Rezeption der Ereignisse 1989/1990 zum großen Teil für einseitig und selektiv. Die Fokussierung auf einige wenige Bürgerrechtler_innen, die nunmehr seit 25 Jahren sprachmächtig die Deutung der Ereignisse vorgeben, fördert das Vergessen der vielen oft jungen Menschen, die für eine »bessere DDR« auf die Straße gegangen sind und die, wenn sie nicht rechtzeitig auf die Mehrheitslinie umgeschwenkt sind, sehr schnell wieder zu den Marginalisierten gehörten. Noch viel schlimmere Folgen hatte diese Deutung aber für die alltägliche Situation von z.B. Flüchtlingen, alternativen Jugendlichen oder Obdachlosen.

Ich meine damit, dass nahezu alle der oft im Rampenlicht stehenden »Bürgerrechtler_innen« völlig sprachlos waren gegenüber den mörderischen Ereignissen in der »Nachwendezeit«, als über Jahre Neonazis Jagd auf Menschen machten, die sie als Feinde definiert hatten. Ich hatte in persönlichen Begegnungen dieser Zeit oft das Gefühl, dass ihnen schlicht das Interesse an der gegenwärtigen Gesellschaft fehlte, da sie ja noch immer viel stärker mit der Verarbeitung ihrer eigenen Vergangenheit beschäftigt waren.

Natürlich war das Ende der DDR für mich und viele aus meiner Generation für die persönliche Entwicklung ein Glücksfall. Es gab gute Gründe, sich gegen das System in der DDR zu engagieren und sich für Alternativen einzusetzen. Die Augen aber gegen das neu entstandene Unrecht zu verschließen und so zu tun, als hätte dieses Ende der DDR für alle Menschen einen nicht enden wollenden Glücksrausch ausgelöst, ist naiv und verkennt die Herausforderungen, die sich aus den rechten Gewaltexzessen der 1990er Jahr für eine demokratische Gesellschaft auch heute noch ergeben.

»Die Erfahrung eines Umbruchs …

Er war Wegbereiter von Radio Corax, ein pragmatischer Visionär, der weit vor 1989 Kritiker der DDR-Staatsdoktrin und im Herbst 1989 Mitbegründer der »Initiative für eine Vereinigte Linke« war: Thomas Kupfer. Im August 2009 verstarb Thomas vollkommen überraschend. Wenige Wochen zuvor sprach Ralf Wendt mit ihm. Wir dokumentieren das Interview in gekürzter Fassung mit freundlicher Genehmigung von Radio Corax.

Wann hast du denn wahrgenommen, dass sich etwas im Staatssystem DDR bewegt?

Man hat das System als bewegungsloses und bewegungsunfähiges wahrgenommen. Als ich nach Halle zog, kam ich in eine Idylle hinein: das damalige Germanistische Institut. Mein erstes Erlebnis: Semestereinstiegsparty am Weinberg-Campus, wo der damalige Institutsdirektor mit seinem Wartburg Bierfässer ran rollte. Und dann begann eine Diskussion, die ich mir in der Form gar nicht vorstellen konnte, über ästhetische Parallelen zwischen Naziaufmärschen und den Feiertagsaufmärschen in der DDR. Auch wenn das System selbst sich nicht bewegt hat, so hat sich doch einiges in mir bewegt. Ich habe viel gelesen und die Geschichte des Kommunismus und der linken Intellektuellen für mich aufgearbeitet. Man konnte im Schutz einiger liberaler Hochschuldozenten schon etwas tun, aber Bewegung im System hab ich erst ’87, ’88 festgestellt.

Interessanterweise ist es ja, egal mit wem man sich darüber unterhält, dass sich in den einzelnen Personen immer sehr viel bewegt hat. Nur insgesamt, die DDR ging staatlich-ökonomisch dem Untergang zu und der Rahmen politischer Diskussionen wurde enger …

Der Spielraum für die politischen Akteure war sehr gering. Das war eine sehr schwierige Situation, weil viele auch alternative Strukturen für die DDR suchten und damit natürlich primär auf die Eroberung bürgerlicher Freiheiten wie Wahlfreiheit, Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit zielten. Nicht umsonst hieß das neue Forum dann auch Neues Forum. Es ging darum, alternative, selbstorganisierte Formen von politischer Öffentlichkeit zu schaffen, die einen eigenständigen Diskurs zu der Frage, was mit und aus dem Sozialismus werden kann und soll, anzukurbeln. Und diese Chance nicht aktiv gesucht zu haben, kann man getrost den SED-Mitgliedern vorwerfen. Im Grunde war dieses neue Forum immer auch als eines gedacht, das die aktiven und kritischen Teile der existierenden Parteien mit einbezieht, also parteiübergreifend funktioniert. Da hätte es natürlich auch eines Schrittes bedurft, der aus der politischen Klasse heraus passiert.

In Russland ist das ja passiert. Das hieß zwar nicht Neues Forum, aber in den Sowjets gab es Diskussionsrunden, für die man dann eben nicht in Sibirien gelandet ist. Da war dann Bewegung drin, aber man weiß ja, was dann in der SU passiert ist. Wie hast du denn die Öffnung wahrgenommen? Inwiefern waren denn für dich die Freiheiten im Herbst ’89 auch Gefahr?

In gewisser Hinsicht war es ein grandioses Versagen der politisch Aktiven, die das Problem als zu gering eingeschätzt haben. Ich selbst war am linken Rand der Bürgerbewegung aktiv. Wir haben damals die Initiative für eine Vereinte Linke gegründet. Es gab eine Initiative für unabhängige Gewerkschaften, die sich an Ideen orientierte, wie sie schon ’68 in Prag formuliert wurden, oder in der Solidarnósc und anderen osteuropäischen oppositionellen Gruppen prägend waren, die vor allem darauf zielten, die Verfügung über das sogenannte Volkseigentum nicht zu behalten, sondern erst einmal herzustellen, bevor es im Zuge einer zügellosen Privatisierung zum Minimalpreis verscherbelt wurde – wie wir es ja dann erlebt haben. Da wurde insbesondere mit Blick auf Betriebsratsinitiativen viel gemacht. Auf der Agenda stand es zu Recht, aber man war mit einer unglaublichen Naivität anderer politischer Akteure und dem großen, mehrheitlichen Wunsch nach uneingeschränktem Anschluss an das System der Bundesrepublik konfrontiert.

Eben fiel ein Stichwort, das die meisten wohl nur noch als Label kennen: Das VL in der Ludwigstraße ist heute Freiraum, Club, veganes Restaurant und vieles mehr, aber meinte mal mehr. Welche Ziele verfolgte die »Vereinigte Linke«?

Das war eine Initiative, die vor allem aus den großen Städten der DDR heraus versucht hat, all das zusammenzubringen, was sich aus der Oppositionsbewegung und der Protestbewegung heraus links verorten wollte. Es gab in Berlin und anderen Städten schon während der gesamten 80er Jahre Diskussionen zwischen verschiedenen Flügeln: die einen orientierten sich eher an Bürgerrechts- und Menschenrechtsthemen; die anderen eher an alternativen sozialistischen oder anarchistischen Überlegungen. Das waren sicher zwei plausible Ansätze, die DDR zu kritisieren, nur dass die in den späten 80ern thematisch immer weniger miteinander zu tun hatten. […]

Ich habe mir die Szenerie in Leipzig angesehen: Da gab es massive Auseinandersetzungen zwischen denen, die sofort ausreisen wollten und sich vor die Kameras der Westmedien stellen wollten und denen, die explizit hier bleiben wollten, etwas verändern wollten und einen Blick dafür entwickelt hatten, wie zumindest Teile der Wirtschaft neu definiert werden können. Das hätte natürlich viel Zeit gebraucht. Ich kann mich an ein Zauberwort erinnern: Joint Ventures – ein Wort, das auch an den Runden Tischen in Halle und dem Bezirk

des Öfteren fiel. Man musste direkt niederknien, wenn es fiel. Aber die allerwenigsten haben überhaupt darüber nachgedacht, was es bedeutet. Wenn es beispielsweise Mehrheitsanteile privater Investoren oder Eigentümer gibt, welche Sicherungsmechanismen hätten eingerichtet werden müssen? Welche Rolle kommt der Belegschaft zu? Wer bestimmt überhaupt über die Betriebe? Plötzlich waren Betriebsdirektoren die Verhandlungspartner und quasi Eigentümer ihrer Betriebe und nicht etwa die Belegschaften. Das war natürlich absurd. Es wurden auch Anträge gestellt über Sperrminoritäten. Also festzuschreiben, dass von Betrieben keine Mehrheitsanteile erworben werden können und dass Sozialpläne entwickelt werden müssen. Fast niemand hat sich da eingebracht. Lustigerweise war es der Vertreter der CDU im Bezirk, der noch am ehesten dazu bereit war: Ein Professor der Wirtschaftswissenschaften, der deutlich vor Augen hatte, dass Privatisierung um jeden Preis nicht der Vorzugsweg sein konnte …

…aber es dennoch wurde. Vielleicht auch wegen der fehlenden Kontrolle. Da würde ich gerne auf die politische Qualität zu sprechen kommen. Du erwähntest vorhin die Naivität der Akteure. Bei mir war das ja nicht anders. Auch mir kam es zuerst auf Veränderung überhaupt an, wenn auch nicht in der Richtung, wie es dann passierte. Mir hat die Veränderungsenergie anfangs ausgereicht, ansonsten war ich sehr blauäugig. Du meintest vorhin, dass die Zeit fehlte, aber auch die Kenntnis der verschiedenen möglichen Szenarien. Jetzt weißt du mehr, auch über ökonomische Vorgänge. Was wäre denn aus deiner Sicht eine sinnvolle Variante gewesen?

Das war ja eine grandiose Zeit, in der sehr

viel passiert ist. Man hatte das Gefühl, alles anfangen zu können, was man schon immer wollte und alles, was einem neu einfiel. Inklusive der Möglichkeit, international zu arbeiten und Leute zu besuchen. Ich war viel als Vortragsreisender in England und Schottland oder zu verschiedensten Treffen in der damaligen Bundesrepublik unterwegs. Und natürlich auch mit Blick nach Osteuropa: Was passiert denn in den anderen Ländern, die nicht diese Sonderkonditionen hatten, wie sie die DDR durch Nachbarschaft zur BRD hatte? Kein Mensch war ja von Null auf Hundert zum Wirtschaftsexperten oder Berufspolitiker geworden. Vor allem Intellektuelle haben diese alternativen wirtschaftlichen Ideen formuliert. In der so genannten Arbeiterklasse waren diese gar nicht verankert. Die Wahlen haben dann ganz klar gezeigt, wo sich die Arbeiterklasse verortet, nämlich in Richtung des schnellstmöglichen Anschlusses an die Bundesrepublik. Dadurch ist natürlich vor allem in den großen Unternehmen der Spielraum sehr gering gewesen. Wie will man denn einen selbst bestimmten Prozess der Alternativsuche schaffen? Es gab sicher auch in halleschen Betrieben einige fitte Betriebsräte. Trotzdem waren das immer Einzelakteure. Zumal bei vielen in dieser bewegten Zeit die Orientierungslosigkeit groß war. Auf der anderen Seite gab es natürlich auch Akteure, die ganz genau wussten, was sie wollten. Die Treuhand zum Beispiel, die ja in treuhänderischer Verwaltung das sogenannte Volkseigentum verscherbelt hat.

Bei mir hast du mit deinen Anmerkungen gerade einiges ausgelöst. Warum auch immer, aber in der Geschichte kam es schon öfter dazu, dass Produktionsmittel einfach in die Hand genommen wurden, um das eigene Werk, die eigene Arbeit selbst zu bestimmen. Aber selbst als klar wurde, dass nichts übrig bleibt, fanden keine Betriebsbesetzungen statt. Kannst du dir erklären warum die Initiative so anders aussah?

Dafür gibt es eine Reihe von Gründen. Unter anderem gab es bei vielen Leuten das diffuse Gefühl, dass man sich selbst schadet, wenn man der Wirtschaft der DDR schadet, wie es ja in der offiziellen Ideologie verankert war. Offene kollektive Verweigerung und alternative Ideen haben im Arbeitsbereich wenig stattgefunden. Und es gab natürlich die wohl typisch deutsche Fixierung auf staatliche Kontrollinstanzen. Im Nachhinein betrachtet, hätte es in einem ohnehin schon maroden wirtschaftlichen System den Prozess der Entmachtung des SED-Regimes beschleunigen müssen. Andererseits hätte das natürlich auch dazu beitragen können, Sicherungsanker nach Wende und Wahlen zu werfen. Da ist es aber leider so gewesen, dass dieser kollektive Drang nach Selbstorientierung nicht die gesamte Bevölkerung, sondern eben nur Teile erfasst hatte und man sich ganz schnell wieder auf einen von oben verordneten Systemwechsel eingelassen hat.

Und doch konnte man etwas tun und Nischen besetzen, wie du es getan hast – erzähl uns doch mal davon.

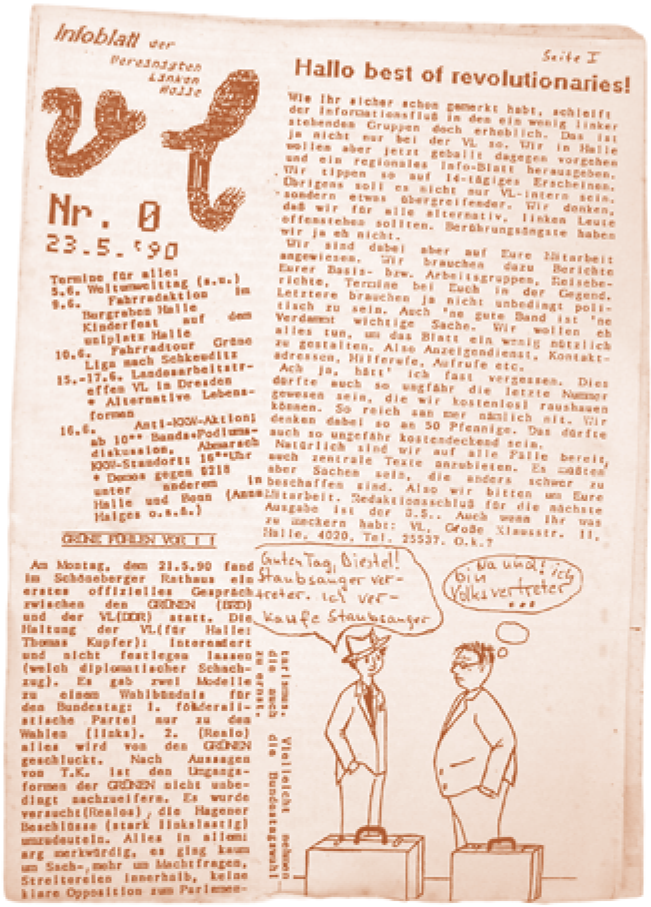
Nach den Wahlen war es natürlich so, dass man sich in irgendeiner Weise neu orientieren musste mit all seinem politischen oder kulturellen Tatendrang. Viele hatten ihre eigenen Produktionen und Freiräume, ihre Projektideen, die sie in der DDR einfach nicht realisieren durften, vor Augen gehabt. Deswegen zogen sich Leute mit alternativen Ideen auch mehr und mehr aus der großen Politik zurück. Es entstanden unzählige Dritte-Welt-Läden,

Es entstanden unzählige Dritte-Welt-Läden, besetzte Häuser, Kulturprojekte, Stadtmagazine, freie Radios, Galerien, Clubs und Kneipen …

besetzte Häuser, Kulturprojekte, Stadtmagazine, freie Radios, Galerien, Clubs und Kneipen, die zum Teil noch heute existieren. Viele auf dem Papier illegale Aktivitäten fanden in dem Freiraum Anfang der 90er Jahre statt, in dem es ja keine Ordnungsmacht in dem Sinne gab.

Was war es denn bei dir im speziellen?

Wir hatten in Halle 1990 ein Haus besetzt, in der damaligen Kellnerstraße. Da sind also unterschiedlichste Projekte von Kneipe, Buchladen und Konzertraum entstanden, große Open-Airs durchgeführt worden. Das waren bis weit in die zweite Hälfte der 90er Jahre politische Auseinandersetzungen, auch weil es sehr zentral unterhalb des Hallmarktes gelegen war.


Infoblatt der Vereinigten Linken Halle

Nr. 0

23.5.'90

Seite I

Hallo best of revolutionaries!

Wie Ihr sicher schon gemerkt habt, schleift der Informationsfluß in den ein wenig linker stehenden Gruppen doch erheblich. Das ist ja nicht nur bei der VL so. Wir in Halle wollen aber jetzt geballt dagegen vorgehen und ein regionales Info-Blatt herausgeben. Wir tippen so auf 14-tägiges Erscheinen. Übrigens soll es nicht nur VL-intern sein, sondern etwas übergreifender. Wir denken, daß wir für alle alternativ, linken Leute offenstehen sollten. Berührungsängste haben wir ja eh nicht.

Wir sind dabei aber auf Eure Mitarbeit angewiesen. Wir brauchen dazu Berichte Eurer Basis- bzw. Arbeitsgruppen, Reiseberichte, Termine bei Euch in der Gegend. Letztere brauchen ja nicht unbedingt politisch zu sein. Auch 'ne gute Band ist 'ne verdammt wichtige Sache. Wir wollen eh alles tun, um das Blatt ein wenig nützlich zu gestalten. Also Anzeigendienst, Kontaktadressen, Hilferufe, Aufrufe etc.

Ach ja, hätt' ich fast vergessen. Dies dürfte auch so ungefähr die letzte Nummer gewesen sein, die wir kostenlos! raushauen können. So reich san mer nämlich nit. Wir denken dabei so an 50 Pfennige. Das dürfte auch so ungefähr kostendeckend sein.

Natürlich sind wir auf alle Fälle bereit, auch zentrale Texte anzubieten. Es müßten aber Sachen sein, die anders schwer zu beschaffen sind. Also wir bitten um Eure Mitarbeit. Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe ist der 3.5.. Auch wenn Ihr was zu meckern habt: VL, Große Klausstr. 11, Halle, 4020, Tel. 23537. O.k.?

Termine für alle:
5.6. Weltumwelttag (s.o.)
9.6. Fahrradaktion im Burgraben Halle auf dem Kinderfest ...platz Halle
10.6. Fahrradtour Grüne Liga nach Schkeuditz
15.-17.6. Landesarbeitstreffen VL in Dresden + Alternative Lebensformen
16.6. Anti-KKW-Aktion! ab 10°° Bands+Podiumsdiskussion, Abmarsch KKW-Standort: 16°° Uhr
+ Demos gegen §218 in unter anderem Halle und Bonn (Anm. Helges o.s.ä.)

GRÜNE FÜHLEN VOR ! !

Am Montag, dem 21.5.90 fand im Schöneberger Rathaus ein erstes offizielles Gespräch zwischen den GRÜNEN (BRD) und der VL(DDR) statt. Die Haltung der VL (für Halle: Thomas Kupfer): interessiert und nicht festlegen lassen (welch diplomatischer Schachzug). Es gab zwei Modelle zu einem Wahlbündnis für den Bundestag: 1. föderalistische Partei nur zu den Wahlen (links). 2. (Realo) alles wird von den GRÜNEN geschluckt. Nach Aussagen von T.K. ist den Umgangsformen der GRÜNEN nicht unbedingt nachzueifern. Es wurde versucht (Realos), die Hagener Beschlüsse (stark linkslastig) umzudeuten. Alles in allem: arg merkwürdig, es ging kaum um Sach-, mehr um Machtfragen, Streitereien innerhalb, keine klare Opposition zum Parlamentarismus.

Was hast du aus der Beteiligung und dem Engagement aus der Nische, vielleicht auch dem Engagement im Großen, für dich an heutiger Position abgeleitet?

Die Erfahrung eines – auch noch weitgehend gewaltfrei hervorgerufenen – Umbruchs kann ich nur jedem wünschen. Das ist ein grandioses Erlebnis und sollte viel häufiger passieren. Diese Zeit von Bewegung und Kreativität in der Gesellschaft tatsächlich auch leben zu können, ist aus meiner Sicht etwas Wünschenswertes, weil es persönliche Ambitionen mit dem, was man immer gesellschaftliche Relevanz nennt, verbindet. Insgesamt ist es sicherlich so, dass eine politische Bewegung von unten wieder stärker soziale und ökonomische Themen aufgreifen muss, als es in der Wendezeit selbst der Fall war. Da gibt es übergreifend in Ost und West, Nord und Süd gute Ansätze: die positiven aus der Wendezeit, nämlich Selbstbestimmung und Selbstorientierung; auch eine Verbindung zwischen altem politischen System und neuer politischer Bewegung kann man aufgreifen, es muss aber eine internationale Bewegung sein und keine nationalstaatlich orientierte, wie wir es in Deutschland erlebt haben.

Bild links

Infoblatt der VL Halle. Unten links zu den Gesprächen am 21.5.'90 zwischen den Grünen und der VL, deren Hallischer Sprecher Thomas Kupfer war. »Alles in allem: arg merkwürdig, es ging kaum um Sach-, mehr um Machtfragen…«

Auf dem Weg zu einer antirassistischen Willkommenskultur

INTERVIEW MIT GABRIELE HERBST

Gabriele Herbst, Pfarrerin i.R., hat nach der Wende die Arbeit für und mit Migrant_innen in der Stadt Magdeburg entscheidend geprägt. Als Ausländerbeauftragte der Evangelischen Kirche gehörte sie in den 1990er Jahren zu jenen, die sich für die Belange von Migrant_innen und Geflüchteten einsetzten. Die von ihr initiierte Arbeit mit Migrant_innen in der evangelischen Hoffnungsgemeinde ist bis heute eine tragende Säule des Engagements für Integration und Weltoffenheit in Magdeburg.

Frau Pfarrerin Herbst, wie nahmen Sie die Situation von Migrant_innen in Sachsen-Anhalt wahr, als Sie zu Beginn der 1990er Jahre begannen, sich in der Migrationsarbeit zu engagieren?

Als Pfarrerin in Magdeburg-Nord hatte ich schon Ende der 1980er Jahre mit Erstaunen und Empörung festgestellt, wie isoliert etwa vietnamesische Vertragsarbeiter_innen oder Angehörige der in Magdeburg stationierten sowjetischen Truppen unter uns lebten. Ich war damals Mitglied der Magdeburger Frauengruppe »Frauen für den Frieden«, die sich auch um Kontakt zu den Ehefrauen sowjetischer Offiziere und zu sowjetischen Soldaten bemühte, was nicht gelang.

Nach der »Wende« glaubte ich zunächst »blauäugig«, dass es nun selbstverständlich zu freien Begegnungen zwischen »Inländer_innen« und »Ausländer_innen« in unserer Stadt kommen müsse. Stattdessen lernte ich in meiner Gemeinde und in meinem Wohngebiet isolierte, verängstigte, junge Mocambiquaner_innen, Angolaner_innen und Vietnames_innen kennen, die durch das Ende der DDR und einer damit vollkommen veränderten Gesetzeslage wie in einem Niemandsland umherirrten. Arbeitsverträge waren beendet, »Schulen der Freundschaft« geschlossen. Alle Ostdeutschen waren mit sich selbst und der »Einwanderung« in ein ganz und gar verändertes Deutschland beschäftigt. Wer hatte da Kraft, Zeit und genügend Empathie für die schon unter uns lebenden Ausländer_innen, geschweige denn für die Welle der ankommenden Flüchtlinge vor dem sogenannten Asylkompromiss im Jahre 1993?

Da ganz in der Nähe meines Arbeitsgebietes in Magdeburg-Rothensee Anfang der 1990er Jahre ein der Asylbewerberheim eingerichtet wurde, verstand ich es als meine Pflicht, die Menschen dort – aber auch in den Heimen Magdeburg-Bukau und -Cracau – zu besuchen, seelsorgerlich zu betreuen und mit ihnen Gottesdienste im Heim zu feiern. Ich habe das zusammen mit wenigen, sehr motivierten Menschen aus dem »Ökumenischen Ausländerkreis der Kirchen« getan, den wir gleich nach der Wende gründeten. Auch mein Mann, ebenfalls Pfarrer in Magdeburg-Nord, und einige Gemeindeglieder der Hoffnungsgemeinde unterstützen diese Arbeit tatkräftig. Was wir sahen und wahrnahmen,

waren viel zu viele – oftmals traumatisierte – Menschen auf zu engem Raum. Bemühte, teils überforderte Sozialarbeiter_innen mit meist schlechten Fremdsprachenkenntnissen. Eine Ausländerbehörde, mit der eine konstruktive Zusammenarbeit äußerst schwierig war.

Ich habe mich anfangs vor allem um Flüchtlinge aus Afrika gekümmert, vor allem um Frauen aus Äthiopien, Eritrea und Angola. Außerdem nahmen wir ab 1991 auch männliche Flüchtlinge in den Räumen unserer Kirche auf, um sie vor der Abschiebung zu bewahren. Denke ich an die Gruppe all dieser Migrantinnen und Migranten , dann erinnere ich mich vor allem an deren Angst vor der Dunkelheit, vor Diskriminierungen auf der Straße, vor Ignoranz gegenüber ihren Fluchtgeschichten oder an das Gefühl, hier braucht und will mich niemand.

Die Nachrichten über die rassistisch motivierten Übergriffe auf Asylbewerberheime und Wohnhäuser von Vertragsarbeiter_innen in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen breiteten sich auch in Magdeburg wie ein Lauffeuer aus. Und sie motivierten junge, gewaltbereite Menschen aus der rechten Szene, sich auch hier in aller Öffentlichkeit aggressiv und rassistisch gegenüber Ausländer_innen und Punks zu gebärden. Der Überfall auf die »Elbterassen« vom Mai 1992, bei dem 60 bewaffnete Neonazis einen Punkgeburtstag stürmten und dabei Torsten Lamprecht tödlich verletzten, war ein trauriger Höhepunkt der Aggressionen von Neonazis Anfang der 90ger in Magdeburg.

Sie arbeiteten in einem Neubaugebiet, das damals als Hochburg der rechten Szene galt. Haben Sie in diesem Zusammenhang Erfahrungen von Einschüchterungs- und Bedrohungsversuchen gemacht? Welchen Umgang fanden Sie damit?

Unser Wohngebiet im Norden wie auch die Gemeindestruktur der Hoffnungsgemeinde veränderten sich nach der Wende dramatisch. Es gab eine hohe Arbeitslosigkeit. Außerdem verließen viele Besserverdienende die ungeliebte »Platte«, um am Standrand zu bauen oder eine attraktivere Wohnung zu mieten. Wichtige soziale Einrichtungen und Jugendclubs wurden geschlossen. Viele junge Leute, besonders viele junge Männer aus Magdeburg-Nord empfanden sich und ihre Familien als Menschen zweiter Klasse, als »Loser«. Sie waren offen für verführerische Neonaziparolen und Nazimusik, die häufig aus anderen Bundeländern zu ihnen herüber schwappte.

Ich wurde zum ersten Mal bedroht, nachdem ich 1992 im »Wort zum Sonntag« der ARD zu den rassistischen Überfällen in Rostock-Lichtenhagen deutlich Stellung bezogen und u. a. gesagt hatte: »Zum ersten Mal in meinem Leben schäme ich mich, eine Deutsche zu sein.« Daraufhin bekam ich Post mit zustimmenden Meinungen, aber auch anonyme Briefe mit Wendungen wir »Raus mit dir aus Deutschland« oder »Wegen einer wie dir treten die Leute aus der Kirche aus.«

Als sich Anfang der 1990er Jahre viele Skinheads und rechtsradikale junge Leute mindestens einmal wöchentlich um unsere Kirche herum versammelten, dort ungeniert Nazimusik hörten und zu einer Bedrohung für die in der Kirche lebenden Ausländer_innen wurden, haben wir kirchlichen Mitarbeiter_innen uns dagegen gewehrt. Ein Gespräch mit Rechtsradikalen in den Räumen der Kirche brachte keine Entspannung und keine Einsicht, sich nicht mehr an der Kirche zu versammeln. »Mit einer wie dir reden wir nicht« oder »Christenschwein verrecke« sind Sätze, die ich aus dieser Zeit noch in unangenehmer Erinnerung habe. Im Garten hinter unserem Wohnhaus wurde ein Kreuz verbrannt. Bei Besuchen von Flüchtlingen wurde ich als »Kanakenhure« beschimpft.

Wenige der Anwohner_innen waren daran interessiert, was an der Kirche, uns als Familie persönlich, aber auch im Wohngebiet durch Skins und Neonazis geschah. Wegschauen, weghören, wegsehen! Aber wo sollten die mindestens 30–40 jungen rechtsorientierten Leute hin? Aus dieser Rat- und Hilflosigkeit heraus regten wir mit dem Kirchenkreis Magdeburg zusammen das Jugendzentrum »Brunnen« an. Dass sich der »Brunnen« nicht zu einem Zentrum entwickelte, in dem junge, fehlgeleitete Rechte sich durch geschulte, konsequente Sozialarbeiter_innen positiv veränderten, neue Chancen für ihr Leben sahen, sondern sich eher noch in ihrem rassistischen, gewaltbereiten Denken übten und stärkten, ist sehr zu bedauern. Vorauszusehen war es nicht! Und gute Berater_innen, die dem Kirchenkreis und auch unserer Gemeinde in puncto »Brunnen« hilfreich und kritisch zur Seite hätten, gab es damals nicht.

Ich erinnere mich an den Beginn meiner Arbeit mit Migrant_innen mit Gefühlen von Erschrecken, Hilflosigkeit, Enttäuschung, Ratlosigkeit aber auch dem festen Willen, hier in Magdeburg mit dafür zu sorgen, dass Einrichtungen und Anlaufstellen für Flüchtlinge geschaffen werden. Damit die politisch, aber auch kirchlicherseits behauptete sogenannte Willkommenskultur mehr als nur eine Farce wird. Das haben wir 1994 mit der Gründung vom »Café Krähe«, einer künstlerischen Begegnungsstätte für Migrant_innen in der Hoffnungskirche in die Tat umgesetzt.

Die sogenannten Himmelfahrtskrawalle in Magdeburg im Mai 1994 gelten als erster Einschnitt im öffentlichen Umgang des Landes Sachsen-Anhalt mit Rassismus und Rechtsextremismus. Was änderte sich nach Ihrer Erinnerung nach diesen Ereignissen?

Da einer der zu Himmelfahrt vor der Marietta-Bar in Magdeburg gejagten jungen Ausländer, ein Tunesier, in den Räumen der Hoffnungskirche eine Übergangsbleibe hatte, bekamen wir den Schrecken dieses Tages hautnah zu spüren. Ich werde nie die Angst des jungen Mannes, der noch am Abend davon erzählte, was er erlebte und wie wenig er sich durch Passant_innen und Polizei beschützt gefühlt hatte, vergessen.

Zu den Überfällen in Rostock-Lichtenhagen bezog ich Stellung: »Zum ersten Mal in meinem Leben schäme ich mich, eine Deutsche zu sein.«

Magdeburg war ab diesem Ereignis stigmatisiert – »ausländerfeindlich, No-Go-Area«. Ich schämte mich. Aber auch viele andere Menschen in der Stadt schämten sich. So begann ein längst überfälliges Umdenken. Für mich persönlich war dabei die Umstrukturierung bei der Polizeispitze besonders hilfreich. Der neue Polizeipräsident Herr Mönckmeyer besuchte mich, die ich nun mit 20 % als Ausländerbeauftragte des Kirchenkreises angestellt wurde, und versprach, für alle zukünftigen Fragen und Probleme in meiner Arbeit zur Verfügung zu stehen. Das »Begegnungsfest zwischen Ausländer_innen und Polizei am Himmelfahrtstag« wurde ins Leben gerufen sowie die Besuchsaktionen »Grüne gehen fremd und Fremde sehen Grün«. Nach 1994 gründeten sich das »Bündnis gegen Rechts«, Miteinander e. V. und viele andere Initiativen.

Ich hatte auch persönlich das Gefühl, dass die Zivilgesellschaft in Magdeburg, durch die Himmelfahrtsereignisse wachgerüttelt wurde. So kamen 1995 zur ersten Mahnwache in Erinnerung an die Himmelfahrtskrawalle vor der Marietta-Bar gerade einmal 10 Personen. Die meisten Menschen drückten sich an unseren Plakaten und den Trommeln vorbei. In den folgenden Jahren kamen zum »Begegnungsfest« oder auch zur Veranstaltung »Magdeburg trifft die Welt« bedeutend mehr Magdeburger_innen.

Die Zahl der Flüchtlinge nimmt stark zu. Die gesellschaftliche Debatte darum ist kontrovers. Einerseits erleben wir Phänomene wie PEGIDA, andererseits finden sich Bürger_inneninitiativen, um sich für Flüchtlinge zu engagieren. Welchen Unterschied sehen Sie zwischen der damaligen Situation und der heutigen?

Heute gibt es ungleich mehr Menschen, die akzeptieren und fordern, dass Sachsen-Anhalt zu seinen politischen Verpflichtungen gegenüber Migrant_innen aus aller Welt stehen muss und stehen soll. Viele Bürger_innen engagieren sich für gewaltfreie, antirassistische und tolerante Willkommenskultur. Außerdem haben Menschen in unserer Stadt gelernt, mit Ausländerinnen und Ausländern in der Nachbarschaft zu leben, mit ihnen zu studieren, von ihnen zu lernen, ihnen bei Festen und im ganz normalen Alltag zu begegnen. Das ist sicher noch nicht bei allen Magdeburger_innen der Fall, aber doch bei einer Mehrheit.

Durch Aktionen wie »Zivilcourage lernen« oder »Aktion Noteingang«, die »Meile und Meilensteine der Demokratie«, zahlreiche »Schulen mit Courage« und vieles mehr hat sich Magdeburg für mich zum Positiven verändert. Das lässt hoffen! Es wird Sache der Politik, der Zivilgesellschaft, aber vor allem jedes_jeder Einzelnen sein, täglich neu wachsam zu bleiben gegen Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und die Verführung zu einfachen, politischen Antworten in Fragen Flüchtlingspolitik. »Die Würde des Menschen ist unantastbar.« Dazu gibt es mit Blick auf »Inländer_innen« und »Ausländer_innen« nichts hinzuzufügen. Aber der Weg, Artikel 1 der Verfassung umzusetzen, bleibt ein mühsam.

rechts
Werbung für die NPD und Graffiti »Nazis raus«, Naumburg (Saale), August 1991

Miteinander e.V.

Leitbild

Der gemeinnützige Verein Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e. V. setzt sich für eine offene, plurale und demokratische Gesellschaft in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus ein. Wir arbeiten gegen Rassismus, Antisemitismus und alle anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die zu Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt führen. Ein besonderes Anliegen ist uns die Stärkung demokratischer Akteur_innen der Zivilgesellschaft und nicht-rechter Jugendlicher sowie die Unterstützung von Opfern rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.

Wir sind in den Handlungsfeldern der Analyse, Beratung, Unterstützung und Bildung tätig mit dem Ziel, einen Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft in Sachsen-Anhalt zu leisten. Die besondere Qualität unserer Arbeit liegt darin, aus einem breiten Methoden- und Beratungsspektrum auf die jeweils spezifischen Problemlagen zugeschnittene Angebote zu entwickeln. Von unseren Bildungs- und Beratungsangeboten profitieren sowohl Jugendliche als auch Erwachsene. Der Verein engagiert sich in der Jugend- und Erwachsenenbildung, der Gemeinwesenarbeit, der Beratung von Zivilgesellschaft und kommunalen Akteur_innen sowie der parteilichen Opferberatung.

Kontaktadressen

Miteinander - Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.
Web:
www.miteinander-ev.de
Facebook:
www.facebook.com/miteinanderev

Geschäftsstelle
Erich-Weinert-Straße 30
39104 Magdeburg
Tel 0391 . 6 20 77 3
Fax 0391 . 6 20 77 40
net.gs@miteinander-ev.de

Regionales Zentrum Nord
Chüdenstr. 4
29410 Salzwedel
Tel 03901 . 30 64 30
Fax 03901 . 30 64 32
net.rzn@miteinander-ev.de

Regionales Zentrum Süd
Platanenstr. 9
06114 Halle/Saale
Tel 0345 . 2 26 64 50
Fax 0345 . 2 26 71 01
net.rzs@miteinander-ev.de

Struktur

Mitglieder des Vereins sind derzeit sechs Institutionen sowie 48 Privatpersonen. Der Verein beschäftigt gegenwärtig 19 hauptamtliche Mitarbeiter_innen in den drei Regionalen Zentren Magdeburg, Salzwedel und Halle/Saale. Miteinander e. V. ist Träger mehrerer Bundesprojekte – u. a. der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt, der Arbeitsstelle Rechtsextremismus, der Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus, Träger des Modellprojekts Frei (T)räume sowie der Netzwerkstelle Demokratisches Magdeburg. Dem Vorstand gehören Anke Lohmann (Vorsitzende), Curt Stauss und Susanne Wiedemeyer an.

Anerkennung unserer Arbeit

Am 14. September 2003 wurde Miteinander e. V. mit dem »Julius-Rumpf-Preis« der Martin-Niemöller-Stiftung ausgezeichnet. Pfarrer Julius Rumpf (1874–1948) war Weggefährte von Martin Niemöller und Mitglied der Bekennenden Kirche. Mit dem Preis werden jährlich Einzelpersonen und Gruppen ausgezeichnet, die »in sinnvollen Projekten Strukturen der Toleranz und der gewaltfreien Konfliktlösung, der Mitmenschlichkeit und der Versöhnung« aufbauen. Darüber hinaus wurden Einzelprojekte von Miteinander e. V. mit dem »Einheitspreis« (2007) und bereits dreimal mit dem Preis des »Bündnis für Demokratie und Toleranz« ausgezeichnet.

Spendenaufruf

Bitte unterstützen Sie mit einer Spende unsere Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus! Alle Spenden kommen der Arbeit des Vereins zugute. Spenden Sie auf das rechts angegebene Vereinskonto.

Der Verein ist gemeinnützig und Ihre Spende steuerlich absetzbar. Die ordnungsgemäße Verwendung aller Mittel wird durch die Kassenprüfer_innen des Vereins und ein Steuerbüro kontrolliert. Wenn Sie eine Spendenbescheinigung wünschen, teilen Sie uns bitte Ihre Anschrift mit.

Spendenkonto

Kontoinhaber: Miteinander e.V.
IBAN: DE14 8102 0500 0008 4734 00
SWIFT / BIC: BFSWDE33MAG
Bank für Sozialwirtschaft AG

Impressum

62

Im Schatten der Wende. Rassismus und Neonazismus in Zeiten des Umbruchs

V.i.S.d.P. Pascal Begrich
Herausgeber: Miteinander e.V./ Arbeitsstelle Rechtsextremismus
Redaktion: Michael Barthel, Torsten Hahnel, Anne Mehrer, Pascal Begrich
Layout: Franziska Stübgen
Druck: Druckzuck GmbH. Halle

2. Auflage
Magdeburg & Halle (Saale), Februar 2015

Förderer

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms »TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN«.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

TOLERANZ FÖRDERN KOMPETENZ STÄRKEN

SACHSEN-ANHALT
Ministerium für Arbeit und Soziales

Bildnachweis

S.1, 60 Thomas Raupach / VISUM ©1990
S.2 Joachim F. Thurn / Bundesarchiv, 1991
S.6 Alfred Buellesbach / VISUM ©1990
S.12 Peer Grimm / Bundesarchiv, 1990
S.24, 26, 36 Filmstills »Du weißt schon, wie in Rostock ...« Kathrin Lemcke, 2014
S.40 Wolfgang Steche / VISUM
S. 47, 48 Erhard Kleps / www.ddr89.de
s. 50 Infoladen Halle, Ludwigstraße 37
s. 55 Joachim F. Thurn / Bundesarchiv, 1991
s. 59 Miteinander e.V., 2009

rechts
JN-Demo in Neustadt, Halle (Saale), 2009

Im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit für zeithistorische Ereignisse steht aus Anlass des 25. Jubiläums, die Zeit des Umbruchs in der DDR und der Wiedervereinigung. Diese Zeit wird von zahlreichen Menschen in den östlichen Bundesländern als ein befreiender Aufbruch in Politik, Gesellschaft, Kultur und Alltag erinnert, der mit einem Zugewinn an Lebensqualität verbunden war.

Angesichts dessen gerät aus dem Blick, dass und in welcher Weise die Zeit der frühen 1990er Jahre nicht nur für den Aufbruch in die Demokratie stand. Im Schatten der Erinnerung an Wende und Wiedervereinigung stehen der massive Anstieg rassistischer Gewalt, die temporäre Hegemoniefähigkeit einer rechten Jugendkultur und die Wahlerfolge rechter Parteien in den 1990er Jahren. Die vorliegende Streitschrift wendet sich bewusst diesen Schattenseiten zu. Sie beschreibt, wie im Zuge des gesellschaftlichen Umbruchs (nicht nur) in Ostdeutschland Menschen marginalisiert und diskriminiert wurden.

Miteinander
Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.